

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Supplément
(4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 26. Nov. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Kaiserl. östreichischen General-Major und Kavallerie-Brigade-Kommandeur Grafen Vigot de St. Quentin, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, dem Hofrath und Konfistorialsekretär Bourrieg zu Stettin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kaiserl. östreichischen Major Bienerth im Adjutantentorps, dem Fürstlich schwarzburg-sondershäuserischen Landrath Guiche zu Geleben und dem Bürgermeister Naß zu Mainz den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Feuermann August Tambor zu Berlin die Rettungsmedaille am Bande; ferner dem Sanitätsrath und ersten Vade-arzt zu Warmbrunn, Dr. Preis in Berlin, den Charakter als Geheimer Sanitätsrath; und dem praktischen Arzte u. Dr. Kaernbach zu Berlin den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Der K. Kreis-Baumeister Bärner zu Rastenburg ist zum K. Bau-Inspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektorstelle zu Dreßburg verliehen worden.

Der K. Kreis-Baumeister Preisner zu Wehlau ist in gleicher Eigenschaft nach Rastenburg versetzt worden.

Der praktische Arzt u. Dr. Dedek und der Wundarzt erster Klasse Banje sind zu Kreis-Wundärzten resp. der Kreise Schubin und Bromberg ernannt worden.

Angekommen: Se. Erz. der General-Leutnant und Kommandeur der 5. Division, Vogel von Falckenstein, von Frankfurt a. O.

In der Handhabung unserer inneren Verhältnisse, die zunächst vom Ministerium des Innern und der Landwirtschaft respektiren, sind wir von einem Extreme zum anderen seit 1848 geworfen worden. Von einer Kommunalordnung, die ganz unvorbereitet Selbst-government einführen sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, was sonst ein richtiges Mittelhalten bewirkt haben würde. Hieran die bessernde Hand dereinst zu legen, wird erforderlich sein; aber vorerst müssen wir bestehen lassen, was eben erst wieder hergestellt ist, um nicht neue Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen, die nur bedenklich sein würde.

Die Finanzen haben sich in acht Jahren von einem sehr unglücklichen Stande so gehoben, daß nicht nur das Budget gut balancirt, sondern Ueberschüsse sich ergeben. Aber noch kann bei Weitem nicht allen Bedürfnissen entsprochen werden, die sich in allen Branchen und Administrationen kundgeben. Hätte man vor zwei Jahren in den Steuervorlagen richtiger operirt, so würden wir durch Bewilligung derselben jetzt auf viele Jahre hinaus drängenden Bedürfnissen haben gerecht werden können. Wie zu diesen Bedürfnissen die Mittel zu beschaffen sein werden, wird eine Hauptaufgabe der Zukunft sein. Die wahre Besteuerungsfähigkeit des Landes ist dabei vor Allem ins Auge zu fassen.

Handel, Gewerbe und die damit eng verbundenen Kommunitationsmittel haben einen nie geahnten Aufschwung genommen, doch muß auch hier Maß und Ziel gehalten werden, damit nicht der Schwindelgeist uns Wunden schlage. Den Kommunitationswegen müssen, nach wie vor, bedeutende Mittel zu Gebote gestellt werden; aber sie dürfen nur mit Rücksicht auf alle Staatsbedürfnisse bemessen und dann müssen die Staatsinnere gehalten werden.

Die Justiz hat sich in Preußen immer Achtung zu erhalten gewußt. Aber wir werden bemüht sein müssen, bei den veränderten Prinzipien der Rechtspflege das Gefühl der Wahrheit und der Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung eindringen zu lassen, damit Gerechtigkeit auch durch Geschworne wirklich gehandhabt werden kann.

Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die ins Auge gefaßt werden muß, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen beiden christlichen Konfessionen eine mögliche Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodorie eingeklebt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Henschler hat. Diese Orthodorie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechterhaltung derselben und ihre Weiterbeförderung ist Mein fester Wille und Entschluß, mit aller billigen Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und theilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken, ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß, je höher man im Staate steht, man auch das Beispiel des Kirchenbetruchs geben wird. Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Uebergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden. Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehen soll, und durch seine Schulen, die den verschiedenen Klassen der Bevölkerung nöthige Bildung gewähren, ohne diese Klassen über ihre Sphären zu heben. Größere Mittel werden hierzu nöthig werden.

Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachstum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorieus verwirrt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepochen haben uns indes aufmerksam gemacht, daß Manches, was sich nicht bewährt hat, zu Aenderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und — Geld, und es wäre ein schwerer Fehler, präventiv den Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Waagschale legen zu können.

Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach Außen. — Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichen Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist das freundschaftliche Verhältniß gleichfalls geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Übung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungs-Elementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. — Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen im Stande ist.

Auf dieser Bahn wir zu folgen; um sie mit Ehren gehen zu können, bedarf ich Ihres Beistandes. Ihres Rathes, den Sie mit nicht versagen werden. — Mögen wir uns immer verziehen zum Wohle des Vaterlandes und des Königthums von Gottes Gnaden.

— [Das Glaubensbekenntniß Sr. K. H. des Prinz-Regenten] hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen andern Ländern Europa's, besonders in England und Frankreich, ein ganz ungewöhnliches Aufsehen erregt, und die Sympathien aller Aufgeklärten dem erhabenen Fürsten zugewendet, der schon im Jünglingsalter feste und vorurtheilsfreie Grundsätze über die wichtigsten religiösen und politischen Angelegenheiten öffentlich ausgesprochen. (Dasselbe ist, wie wir schon bemerkt, vor Kurzem in dritter Auflage bei Heymann in Berlin erschienen und auch hier in allen Buchhandlungen zu haben. Wir gedenken bald noch einmal darauf zurückzukommen. D. R.)

— [Obertribunals-Entscheidungen.] Nach §. 272 des Strafgesetzbuchs wird derjenige, welcher durch zuständige Behörden oder Beamte gepfändete oder in Beschlag genommene Sachen vorzüglich bei Seite schafft, verbringt oder zerstört, oder in anderer Weise der Pfändung oder Beschlagnahme ganz oder theilweise entzieht, mit Gefängniß bis zu 1 Jahre bestraft. Einem Gutbesitzer wurden verchiedene bewegliche Güter-Inventarstücke im Wege der Exekution gerichtlich gepfändet, jedoch mit der gehörigen Warnung vor der Disposition in seinem Besitze gelassen. Derselbe verkaufte hierauf sein Grundstück einschließlich der gepfändeten Sachen und beiseiteigte im betreffenden Betrage die Uebergabe an den Käufer. Erst später befriedigte er den Kläger, auf dessen Antrag die Pfändung aufgehoben, und erlangte die Freigebung der gepfändeten Sachen. Derselbe wurde des in der obigen Strafbestimmung bezeichneten Vergehens angeklagt und vom Richter der ersten Instanz verurtheilt, vom zweiten Richter freigesprochen, da der Angeklagte möglicherweise die in Beschlag genommenen Gegenstände nur mit der darauf ruhenden Beschränkung seines Eigentumsrechts verkauft und übrigens dieselben an dem Orte der Pfändung, also dem Exekutor noch immer zugänglich gelassen habe. Gegen dies Urtheil legte der Oberstaatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Das Obertribunal hat dieselbe für begründet erklärt und in seiner Entscheidung ausgesprochen, daß das Eigentums- und damit das Veräußerungsrecht an gepfändeten Sachen durch den Exekutionsakt nicht verloren geht, aber dahin beschränkt werde, daß derselbe nicht für sich an den neuen Eigentümer übertragen werden dürfen, indem die Uebergabe die Wirksamkeit der Beschlagnahme mehr oder weniger beeinträchtigt. Denn der neue Erwerber sei befugt, jeden Dritten, auch den Exekutionsucher, von der Besitznahme der ihm übertragenen Sachen fernzuhalten, so lange der Dritte nicht ein obliegendes Urtheil für sein Recht an den fraglichen Sachen erstritten. Außerdem sei aber der Exekutor, d. h. derjenige, welchem seine mit Beschlag belegten Sachen belassen, nur ein Aufbewahrer der letzteren dem Gerichte und dem Gläubiger gegenüber, und dürfe sich deshalb des Besizes an der aufbewahrten Sache ohne Erlaubniß des Gerichts nicht entschlagen. Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof das freisprechende Urtheil vernichtet.

In einer gegen zwei Handlungsgenossen wegen einfachen Bankerotts geführten Untersuchung, in welcher der Habbestand des Vergehens auch in der unordentlichen Buchführung gefunden wurde, trat der eine Kompanjon den Beweis an, daß dem anderen ausschließlich die Buchführung obgelegen, daher sei der letztere auch allein wegen derselben verantwortlich. Die mit diesem Einwande unterstützte Nichtigkeitsbeschwerde ist vom Obertribunal zurückgewiesen. In dem Urtheil heißt es: Aus dem §. 261, Nr. 2. des Strafgesetzbuchs, nach welchem Handelsleute, wenn sie Handelsbücher überhaupt nicht oder unordentlich geführt, vernichtet oder vernichtet haben, wegen einfachen Bankerotts mit Gefängniß bis zu 2 Jahren zu bestrafen sind, lasse sich der Grundlag, daß nur der mit der Führung der Bücher beauftragte Kompanjon für dieselbe verantwortlich sei, nicht ableiten, da jene Bestimmung ganz allgemein laute und von den besonderen Rechten oder Pflichten der Handelsgenossen nicht enthalte. Uebrigens bestimme auch §. 639 Tit. 8 Th. II. des Allgemeinen Landrechts, jeder Gesellschaftler sei schuldig, daß er zu sehen, daß über ihn betriebene Geschäfte ordentliche Bücher nach kaufmännischer Art geführt werden. Hiernach wäre in vorliegender Untersuchung der Handlungsgenosse nur dann von der Verantwortlichkeit für die Buchführung befreit, wenn er den Beweis erbracht hätte, daß ihm bei der Aufsicht über die Buchführung keine Vernachlässigung zur Last falle.

Das neueste Justizministerialblatt enthält ein Erkenntniß des Obertribunals, wonach Gewerbetreibende, welche die Betriebsstätte ihres Gewerbes ohne die vorgeschriebene politische Genehmigung verändern, der gesetzlichen Strafe mit dem Augenblicke verfallen, wo das veränderte Werk in Betrieb gesetzt wird; endlich ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, wonach die Beschlagnahme von Sachen wegen unbefugten Hausfriedens eine polizeiliche Maßregel und daher der Rechtsweg zur Erlangung einer Entscheidung nur in den Fällen zulässig ist, in welchen der Rechtsweg gegen polizeiliche Verfügungen überhaupt ausnahmsweise stattfindet.

Telegramm der Posener Zeitung.

Paris, Mittwoch, 24. November, Abends 7 Uhr 30 Minuten. So eben hat der Gerichtshof das Urtheil in dem Montalembert'schen Prozesse gesprochen. Nach demselben ist Graf Montalembert zu sechs Monaten Gefängniß und einer Geldbuße von 3000 Franken, der Herausgeber des „Correspondant“ zu einem Monat Gefängniß und einer Geldbuße von 700 Franken verurtheilt worden.

(Ginget, 26. November, 6 Uhr Abends.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 25. Nov. [Vom Hofe; zu den Wahlen.] Der Prinz-Regent arbeitete heute mit dem Kriegsminister v. Bonin und mit dem General v. Manteuffel und nahm darauf die Vorträge des Geheimrathes Maire und des Ministers v. Auerswald entgegen. Später empfing der Prinz-Regent den Vize-Admiral Schröder, der vor einigen Tagen aus Danzig hier eingetroffen ist und in Marine-Angelegenheiten Sr. Königl. Hoheit Bericht zu erstatten hatte. Außerdem hatten noch mehrere Militärs, die in den letzten Tagen befördert worden sind, die Ehre des Empfanges. Nachmittags war im Palais des Prinz-Regenten Tafel. Unter den Gästen befand sich auch der Fürst von Hohenzollern. Abends besuchten die hohen Herrschaften das Theater und nach dem Schluß der Vorstellung nahmen der Prinz-Regent und seine Gemahlin mit der Frau Prinzessin Friedrich Karl und den Dessauer Herrschaften zusammen den Thee und das Souper ein. Der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin verabschiedeten sich hierauf bei den hohen Herrschaften und wollen sich morgen früh nach Dessau zurückgeben. Der Prinz Friedrich Wilhelm nimmt regelmäßig an allen Ministerberatungen Theil, die unter dem Vorhitz des Fürsten von Hohenzollern stattfinden. Ueberhaupt beschäftigt sich der Prinz gegenwärtig viel mit Regierungsangelegenheiten. Bekannt ist, daß der Prinz Friedrich Wilhelm auch an den Beratungen theilnahm, die der Neubildung des Ministeriums vorangingen. Diese Konferenzen fanden damals im Schlosse statt. Der Prinz von Wales nimmt täglich die Sebenswürdigkeit unserer Stadt in Augenschein und besucht unsere renommirten Kunsthandlungen. Auf diesen Wanderungen ist Prinz Friedrich Wilhelm sein steter Begleiter. Die meisten Stunden bringt der hohe Gast mit seiner erlauchten Schwester zu, die dem Bruder mit zärtlicher Liebe zugehen ist und ihn gar zu gern recht lange an Berlin fesseln möchte. Morgen wollen die hohen Herrschaften im Grunewald jagen. — Der Geh. Rath Mathis hat heute dem Magistrat die Anzeige gemacht, daß er die im 4. Berliner Wahlbezirk auf ihn gefallene Wahl ablehnen müsse, weil er sich veranlaßt gefühlt habe, das Mandat im 7. Potsdamer Wahlbezirk anzunehmen. Auch vom Dr. Witt heißt es, daß er in Posen annehmen und hier ablehnen wolle; doch hat er bis jetzt, wie ich erst heute Abend im Rathhause gehört, das entscheidende Wort noch nicht gesprochen. Daß der Ober-Bürgermeister Grabow hier ebenfalls ablehnen wird, weiß man bereits und die betreffenden Wahlbezirke trennen sich schon auf die Nachwahlen, in denen sie die Kandidaten, welche sie in petto haben, durchbringen können. In erster Reihe steht jetzt der Stadtrath Dunder. H. v. Arnim hat sich bereit erklärt, Berlin im Abgeordnetenhaus zu vertreten. — Die Ersatzwahlen der 3. Abtheilung für unsere Stadtverordnetenversammlung haben heute stattgefunden, sind aber noch nicht in allen Bezirken zu Ende geführt, weil die Konservativen sich einigermassen gerührt haben und so verhinderten, daß die Majorität gleich bei der ersten Abstimmung den Liberalen zufiel. In einigen Bezirken sind die bisherigen Mitglieder wieder gewählt worden, in anderen legten die Liberalen und wußten sogar die Wahl v. Kunowski's durchzusetzen, der im Jahre 1848 Mitglied der Versammlung war.

[Die Ansprache des Prinz-Regenten an das Staatsministerium.] Wir gaben in Nr. 274 dieser Zeitung ein kurzes Resumé der Ansprache, welche Se. K. H. der Prinz-Regent am 8. Nov. an das Staatsministerium gerichtet hat. Heute wird der Wortlaut dieser Anrede von den „Hamb. Nachr.“ gebracht; wir geben daraus mit Uebergehung der schon mitgetheilten Einleitung das Folgende:

— [Die Ansprache des Prinz-Regenten an das Staatsministerium.] Wir gaben in Nr. 274 dieser Zeitung ein kurzes Resumé der Ansprache, welche Se. K. H. der Prinz-Regent am 8. Nov. an das Staatsministerium gerichtet hat. Heute wird der Wortlaut dieser Anrede von den „Hamb. Nachr.“ gebracht; wir geben daraus mit Uebergehung der schon mitgetheilten Einleitung das Folgende:

— [Die Ansprache des Prinz-Regenten an das Staatsministerium.] Wir gaben in Nr. 274 dieser Zeitung ein kurzes Resumé der Ansprache, welche Se. K. H. der Prinz-Regent am 8. Nov. an das Staatsministerium gerichtet hat. Heute wird der Wortlaut dieser Anrede von den „Hamb. Nachr.“ gebracht; wir geben daraus mit Uebergehung der schon mitgetheilten Einleitung das Folgende:

Dieneuden eine Naturnotwendigkeit sei. Dies, meinte er, möge diejenigen be-
ruhigen, welche glauben zu kurz gekommen zu sein, weil sie dienen müßten. Je-
der, welcher seine Stelle ausfüllen wolle, müsse dienen, und dieser Dienst lege
um so schwerere Verpflichtung auf, je höher die Stufe, auf welcher der Mensch
steht. Zudem möge man bedenken, daß nicht wir uns die Stellung im Leben ge-
ben, sondern Gott. Es müsse leider zugestanden werden, daß Herrschaften und
Dienstboten, im Verkennen ihrer Pflichten und Rechte, welche ihnen ihre Stel-
lung zuweist, mit beigetragen zu den betrübenden Erscheinungen, welche wir in
dem Verhältnis zwischen Herrschaften und Dienstboten beklagen. Wenn der
Hausfrauenverein dies stets wiederhole, so wolle er dadurch nicht die Zügellosig-
keit der Dienstboten unterstützen, er wolle dadurch nur verhindern, daß den
Dienstboten alle und jede Schuld der Mißstände zugemessen würde. Man lasse
das Verhältnis zwischen Herrschaften und Dieneuden sehr oft dahin auf, daß
man sage, ein Vertrag binde beide Theile aneinander, ein Vertrag, nach wel-
chem der eine Lohn giebt, der andere dafür Dienste leistet; weiter habe Keines
von dem Andern Etwas zu verlangen. Erfüllt eines von Beiden den Vertrag
nicht, so steht es dem Beeinträchtigten frei, den Beeinträchtigenden zu ver-
klagen, und geht es gar nicht, so wird der Vertrag gelöst und beide Theile sind
einander fremd. Das ist eine sehr kalte, engbrüstige Auffassung des Verhältnisses
zwischen Herrschaften und Dienstboten. Es mag sich ein Vertrag der todte
Buchstabe sein, aber diejenigen, welche den Vertrag schließen, müssen über die-
sen todt den Buchstaben hinausgehen. Die Herrschaften, indem sie durch Gerech-
tigkeit, Billigkeit und Klugheit den Dieneuden einen mächtigeren Antrieb zur
Erfüllung ihrer Pflichten geben, als er aus jenem Vertragsverhältnisse resultirt;
die Dieneuden, indem sie durch Treue in ihrem Berufe der Herrschaft den schul-
digen Dank abtragen. Der Redner wies nun nach, wie Seitens der Herrschaf-
ten diese Gerechtigkeit, Billigkeit und Klugheit verlegt würde, und zeigte dann,
wie auch die Dieneuden durch dummes, sinnloses Wesen, Trägheit, Laßigkeit,
Klatschsucht, Leichtfertigkeit, Inpertinenz und Unehrlichkeit ihre Pflichten uner-
füllt lassen, zeigte, wie der Hausfrauenverein bemüht gewesen, durch seine Mit-
glieder nicht nur die Herrschaften auf den Standpunkt zu bringen, welchen sie den
Dieneuden gegenüber einnehmen sollen, sondern wie sie in geeignetster Weise den
Gebrechen der Dienstboten Abhilfe zu verschaffen bemüht, wie der Verein die
Vermittlungsverhältnisse geregelt, den Dienstboten fördernd zur Seite gestan-
den, sie unterstützt mit Rath und That, wie er die tüchtigen Dienstboten ver-
sorgt und auszeichnet. Nachdem das Letztere in herzlicher und gemüthvoller
Weise wieder mit zehn Dienstmädchen gesprochen, richtete der Redner mahnende
Worte an die Prämitteten, hinzugehen und mitzuwirken, daß die Dienstboten
besser würden. Nur wenn dieselben aus ihren Kreisen heraus selbst ausschneiden,
was sie schänden, wenn eine wohlberedigte „Dienstboten-Ohre“ es unmöglich
macht, solche Klagen zu hören, wie sie noch immer ertönen, wird es besser wer-
den. Daß auch die Herrschaften dazu das Ihrige beitragen, das Verhältnis zu
den Dieneuden besser zu gestalten, dafür werde der Verein auch ferner thätig
sein. Die Feier machte einen sehr günstigen Eindruck und mußte nur bedauert
werden, daß die Frau Ober-Präsident, Fräulein v. Schleinig, als Protektorin
des Vereins verhindert war, derselben beizuwohnen.

Elberfeld, 24. Nov. [Lutheraner.] Nachdem am 21. d.
Bormittag nach dem Hauptgottesdienste und vor versammelter Ge-
meinde der sich von der evangelisch-lutherischen Landeskirche getrennt
haltenden Lutheraner 15—20 Familien und einzelne Personen kir-
chenordnungsgemäß in die Gemeinde aufgenommen waren, wurde
noch am selben Abend die erste Predigerwahl dieser noch kleinen
Gemeinde beehätigt und nach Verzichtleistung zweier anderer Kan-
didaten Pastor Feldner von 36 wahlfähigen Gemeindegliedern zum
Seelsorger gewählt. Ein Theil obiger Gemeinde besteht schon hier
seit etwa 6—7 Jahren, doch ohne eigenen Pastor. (E. 3.)

Glogau, 25. November. [Stadtverordneten-Wahlen; neue Schulkasse; Theaterpacht.] Am 17. d. M. fanden die
Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt; hier
standen sich die Parteien schroff gegenüber, indem man es sich von
einer Seite her zur Aufgabe gemacht hat, die Wiederwahl geach-
teter Persönlichkeiten, die sich seit 6—8 Jahren als tüchtige Vertre-
ter der Kommune bewiesen, zu hintertreiben; es ist dies jedoch nicht
gelungen, in der ersten Abtheilung sind die Ausschließenden sämtlich
wieder gewählt und nur in der zweiten Abtheilung ist neben
den drei Ausschließenden ein neuer Kandidat gewählt worden. Für
die dritte Abtheilung ist für sämtliche fünf Kandidaten keine Ma-
jorität erzielt worden, so daß für dieselben morgen die engern Wah-
len vorgenommen werden. — Die hiesige katholische Elementar-
schule ist so sehr mit Schülern und Schülerinnen überfüllt, daß sich
das dringende Bedürfnis zur Gründung einer achten Klasse an ge-
dachter Anstalt herausstellt. Die städtischen Behörden, qua Patron
der Schule, haben daher für Besoldung des anzustellenden Lehrers
jährlich 240 Thaler, und zur innern Einrichtung ein für allemal
150 Thaler bewilligt. — Während wir für die diesjährige Saison
der baldigen Eröffnung unsers Stadttheaters entgegensehen, hat
Herr Direktor Keller unterm 18. d. M. dem Magistrat die Anzeige
gemacht, daß ihn die in Vosen eingegangenen Verbindlichkeiten
verhindern, den unterm 15. Juli d. J. mit dem Magistrat verab-
redeten neuen Nachkontrakt abzuschließen, und er deshalb darauf
verzichten müsse, in Glogau Vorstellungen zu geben. Der Magi-
strat hat nun Verhandlungen mit Herrn Direktor Fernau in Rücksicht
angeknüpft, und so viel wir gehört, beabsichtigt dieser mit seiner
Oper- und Schauspielergesellschaft demnächst hier Vorstellungen
zu geben. Eine feste Verpachtung des Theaters soll vorläufig nicht
stattfinden, sondern es soll jeder Gesellschaft freistehen, gegen ein
Honorar von fünf Thalern pro Spielabend das Theater zu
benutzen. (Br. 3.)

Memel, 23. Nov. [Strandung.] Heute Bormittag ist
bei starkem Wehen und Schneegestöber der hiesige Schooner
„Cito“ bei Ridden auf der kurlischen Rehrung gestrandet. Ueber
die Rettung der Mannschaft ist noch nichts bekannt, jedoch dürfte
dieselbe schwer zu bewerkstelligen sein, da das Rettungsboot in
Schwarzort stationirt ist.

Wittenberg, 24. Nov. [Kath. Seelsorge.] Die hiesigen
Katholiken, welche alle 8—14 Tage hier Gottesdienst hatten, haben
seit dem 10. d. einen ständigen Seelsorger, der täglich Messe liest
und sonntäglich zweimal Gottesdienst hält, obgleich thatsächlich
äußerst wenig Katholiken hier sind.

**Oestreich. Wien, 24. Nov. [Theuerung und uner-
schwingliche Miethen.]** Die unangesehnt geführten Klagen
über die zunehmende Theuerung der wichtigsten Lebensartikel in
Wien scheinen in sehr hohem Grade die Aufmerksamkeit der Regie-
rung in Anspruch zu nehmen. Die Ursachen der verflorenen Jahre,
denen wenigstens die wahrgenommene Theuerung zur Last gelegt
wurde, können als nicht mehr bestehend angesehen werden; weder
Mißernten noch eine große Entwerthung der Valuta hat man in
den letzten Jahren verspürt, und auch die stabile Bevölkerung hat
nicht in so rapidem Maße zugenommen, daß ein Mißverhältnis
zwischen Angebot und Nachfrage vorgekommen wäre. Ueber die
Mittel, welche auf administrativem Wege einzuschlagen wären, um
den Theuerungsverhältnissen zu begegnen, machten sich aber auch
bei dieser Frage zwei Ansichten geltend, welche schon auf andern
Gebieten für und gegen die Erweiterung der gewerblichen und in-
dustriellen Konkurrenz zu bemerken waren, und das Ministerium

des Innern, welches die nahezu drückende Lage der Bevölkerung
Wiens in ernste Erwägung gezogen hat, wird große Noth haben,
aus beiden extremen Ansichten die guten Rathschläge zu benutzen
und die schlechten zu vermeiden. Ueber die fabelhafte hohen Mieths-
zinsen, welche oft hier von Besitzern öffentlicher Lokale und selbst von
Privaten gezahlt werden, ist schon oft und vielfach die Rede ge-
wesen. Dieselben haben natürlich bis heute noch nicht ab-, sondern
vielmehr zugenommen, und es scheint keine Hoffnung vorhanden zu
sein, daß in dieser Richtung eine wohlthätige Aenderung eintritt,
weil unbegreiflicherweise immer neue Hindernisse gegen jene Maas-
regeln auftauchen, welche die Baulust zu befördern im Stande
wären. Ist es nicht fast unglücklich, daß in einer Stadt wie Wien,
welche mehr als 10,000 Häuser und nahe an eine halbe Million
Einwohner besitzt, in einem Jahre nicht mehr als 16, sage sechszehn
neue Häuser entstanden sind, wie dies thatsächlich im Jahre 1857 der
Fall war? Liegt nicht darin schon eine drängende Nothwendigkeit,
alle Arbeiten zu beschleunigen, welche geeignet sind, einem solchen
Uebelstande abzuwehren? Seit zwei Jahren sind die Ernten zusie-
denstellend ausgefallen, und eben so lange ist die Minderpest, welche
auf die Viehzucht so nachtheilig eingewirkt, verschwunden, und doch
sind die Brod- und Rindfleischpreise, unbedeutende Ermäßigungen
abgerechnet, so hoch wie in den Jahren 1833 und 1854. Man
legt, was die Brodpreise anbelangt, den Bäckern übermäßige Ge-
winnsucht zur Last, und doch ist es eine Thatsache, daß dieses
Gewerbe gegenwärtig hart darniederliegt. Liegt nicht in dem Um-
stande, daß die Zahl der Mühlen am Wien sich bedeutend vermindert,
und der Verkauf des Mehles das Monopol einzelner reicher
Müller geworden ist, ein Fingerzeig, wo das Uebel vielleicht zum
Theil herrührt? Und liegt gegen solche Beschränkungen etwa ein
Heil in der Beschränkung der Konkurrenz und in einer Maasre-
gelung des Bäckergewerbes und der Wiedereinführung der Brod-
tare? (Br. 3.)

[Das Dappenthal.] Die hier erscheinende „Militär-
zeitung“ bringt einen Artikel über die Abtretung des Dappenthals
an Frankreich und spricht sich darin mit aller Entschiedenheit für
die hohe strategische Wichtigkeit des Thales aus. „Gelangt Frank-
reich“, so heißt es in jener Anklaffung, „in den Besitz jenes Thales
so sind unsere Provinzen in Italien mittelbar ins Mitleid gezogen,
und die „Leipz. Ztg.“ hat Recht, wenn sie sagt, daß jene militärische
Linie, welche den Zugang in und durch die Schweiz nach den öst-
reichischen Besitzungen in Italien erleichtert oder ver mehrt, in Ge-
sammtdeutschland die vollste Aufmerksamkeit verdient. Ist die Schweiz
im Besitz des Dappenthales und seiner Höhen, so versperrt sie den
Zugang nach St. Gergue und in das offene Waadtland und jenen
aus dem Innern Frankreichs nach Genf und Gex, wogegen, wenn
Frankreich den Dappenthaß inne hat, kein militärisches Hinderniß
die smeltige Strecke von Salins nach Nyon am Genfersee, oder die
11 meilige nach Genf bietet, wobei nicht zu übersehen, daß das Dap-
penthal die nächste Verbindung des Landtrichs Gex mit dem Her-
zen Frankreichs bildet.“ Die „Mil. Z.“ schließt ihre Erörterungen
mit den Worten: „Im Art. 75 der Wiener Schlussakte heißt es: Le
Dappenthal qui faisait autrefois partie du Canton de Vaud lui
est rendu. Dies ist noch zur Stunde der rechtliche Standpunkt der
Frage und der Kanton Waadt wird ohne Zustimmung der Schweiz,
und diese ohne Zustimmung ihrer Garanten, der Großmächte, in
die geforderte Abtretung nicht willigen können.“

**Meran, 21. Nov. [S. M. M. der König und die Kö-
nigin von Preußen.]** bezeichnen ihren Abschied mit einer
Reihe huldvoller Handlungen. Am Vorabend wurden der poli-
tische Amtschef und der Bürgermeister von Meran zur Tafel ge-
zogen und mit dem Rothen Adlerorden decorirt. Die Humanitäts-
anstalten von Meran und Mais und der Kurfond erhielten groß-
müthige Spenden von mehreren hundert Thalern. Wie schon von
Berlin aus bestimmt gewesen war, erstreckte sich der Aufenthalt auf
einen Monat. Die leztteren Tage gestalteten sich ungemein milde
und theilweise auch sonnenklar; sie bewährten den alten Ruf unsres
herlichen Spätherbtes. Die Majestäten waren daher fortwährend
auf den Promenaden zu sehen, und nahmen noch am 16. d. auf
einem Ausflug nach dem Schloßchen Kapfenstein auf dem Freiberg
das Frühstück im Freien ein. Der ganze Hof hat sich hier ge-
fallen; das schöne Thal, die herrliche Luft, das geräuschlose, von
keiner Seite beengte Leben behagte ungemein, und selbst die Woh-
nungen befriedigten allgemein in ihrer Ausstattung und Bequem-
lichkeit. (Br. 3.)

**Bahern. München, 24. Novbr. [Brennerei und
Branntweinverkauf.]** Das Regierungsblatt bringt eine Ver-
ordnung in Betreff der Branntweimbrennerei. Nach derselben wird
nämlich den mit polizeilicher Lizenz versehenen Besitzern landwirth-
schaftlicher Brennereien die Erzeugung von Rohbranntwein zu be-
liebigen Oraden auch aus erkaufenen Kartoffeln in widerwärtiger
Weise wieder gestattet, nachdem ihnen dies seit mehreren Jahren
nur aus selbsterzeugten Kartoffeln gestattet war. In dieser Verord-
nung heißt es hierauf: „Hierbei ist es Unser erster Wille, daß die
Allerhöchste Verordnung vom 29. Januar 1841, „den Kleinverkauf
des Branntweins betreffend“, fortan allenthalben mit gewissenhafter
Strenge vollzogen werde, indem Wir zugleich zur Verhütung
schädlichen Mißbrauchs, der von Uns zunächst im Interesse der
vaterländischen Landwirthschaft erhaltenen Bewilligung unter bezüg-
licher Abänderung des §. 4 der erwähnten Verordnung hiermit ver-
fügen, daß den Besitzern landwirthschaftlicher Brennereien der Ver-
kauf des Branntweins unter 1/2 Eimer, den Fall erworbener Be-
rechtigung ausgenommen, von nun an untersagt sein soll.“

[Die Landtagswahlen] finden, wie schon gemeldet,
am 6. Dez. statt. Die betreffende Allerhöchste Entschlie-
ßung enthält folgende Ansprache: „Wir erwarten hierbei von allen
Behörden gewissenhafte Erfüllung ihrer beschworenen Pflichten,
Leitung der Wahlverhandlungen mit rücksichtsloser Unbefangen-
heit, Beschirmung der Freiheit der Wahlstimmen vor Einschüch-
terung oder Bestechung und pflichtgetreue Enthaltung von Beschrän-
kung der Wahlfreiheit.“ Dagegen vertrauen Wir auch zu der alten
Treue und Ergebenheit Unsers Volkes, daß es Männer zu Abgeord-
neten wählen werde, welche ihre Aufgabe nicht darin suchen, Unsrer
Regierung in der Ausführung Unsrer auf das Wohl des Landes
gerichteten Absichten Hemmnisse zu bereiten, sondern es als ihren
Beruf erkennen, die Weisheit der Berathung zu verstärken, ohne die
Kraft der Regierung zu schwächen.“

**Mecklenburg. Rostock, 23. Nov. [Navigations-
schule.]** Auf Beschluß von Rath und Bürgerschaft ist zu Wismar

eine städtische Navigationschule eingerichtet, welche während der
Wintermonate gehalten werden wird. Die Schule besteht aus zwei
Klassen, von denen in der ersten Klasse der eigentliche Navigati-
onsunterricht für den Zweck des demnächst abzulegenden Steuer-
mannseramen von einem Schiffer ertheilt wird, während in der
zweiten Klasse, in welcher die jungen Seeleute auf den Unterricht
in der ersten Klasse gehörig vorbereitet werden sollen, von den Leh-
rern Naetig und Brodersen unterrichtet werden wird. Die Schü-
ler haben bei ihrer Aufnahme für ihre Theilnahme am Unterrichte
während des Winters ein Schulgeld in der ersten Klasse von zehn
Thalern und in der zweiten Klasse von zwei Thalern zu ent-
richten. (Rost. 3.)

Malchin, 23. Nov. [Zollvereinsantrag.] In der heu-
tigen Sitzung des Landtags wurde Hr. Mancke's Antrag auf Bei-
tritt zum Zollverein verlesen. Derselbe zog seinen Antrag vermit-
telst nachstehenden Dittamens zurück: „Wenn ich gleich in dem am
20. d. von der Landtags-Versammlung angenommenen Antrage,
wegen Umgestaltung unseres Steuer- und Zollwesens, nichts als
eine Wiederholung der über ein Menschenalter hinaus und zuletzt
noch auf dem vorigen Landtage von der verehrlichen Landschaft als
Stand vorgebrachten frommen Wünsche für Abänderung jener un-
glücklichen Verhältnisse unseres Vaterlandes, und zwar ohne Angabe
irgend eines praktischen Mittels zur Abhilfe, erblicke; meine Ueber-
zeugung, daß eine dem Lande nutzbringende Aenderung unseres
Steuer- und Zollwesens nur dadurch herbeigeführt werden kann,
daß Mecklenburg sich auch in dieser Hinsicht dem großen deutschen
Vaterlande anschließt, um so mehr feststeht, so will ich doch in Be-
tracht, daß der Zeitpunkt, wo der Vertrag über den Zollverein, wel-
chen verschiedene Staaten geschlossen haben, in wenigen Jahren re-
vidirt und erneuert werden wird, so wie noch aus anderen Grün-
den, für diesen Landtag meinen sub IV. der C. A.-Propositionen
enthaltenen Antrag auf Beitritt Mecklenburgs zu dem deutschen
Zollverein, zurückziehen.“ (Mecklb. 3.)

**Sächs. Herzogth. Gildburghausen, 24. Nov. [Er-
wartungen von Preußen.]** Die hier erscheinende „Dorf-Zei-
tung“ spricht sich über die Hoffnungen, welche sich gegenwärtig für
ganz Deutschland an Preußen knüpfen, folgendermaßen aus: „Preußens
Hoffnungen sind deutsche Hoffnungen: wer das seither
noch bezweifelt hat und noch nicht zu der Einsicht gekommen war,
daß Preußens Geschick auch Deutschlands Geschick ist, der konnte
in diesen Tagen eines Besseren belehrt werden. Mit welcher Span-
nung richteten sich von allen Seiten die Blicke nach Berlin, und
wie gehoben zeigte sich sofort die Stimmung überall, als es wahr-
scheinlich wurde, daß in Preußen ein anderes Regierungssystem
eintreten würde! Woraus erklärt sich diese Stimmung, wenn nicht
aus der Ueberzeugung, daß, was in Preußen Gutes geschieht, auch
Deutschland zu Gute kommt? Der Bruch mit der Revolution, den
vor nunmehr zehn Jahren das Ministerium Manteuffel prokla-
mirte, er ist auch zum Bruche geworden mit Schleswig-Holsteins
Recht, zum Bruche mit gar manchem anderen berechtigten Wunsche
deutscher Nation. Der Bruch mit der Reaktion und mit der Herr-
schaft der feudalen Partei, der jetzt in Preußen nicht mehr bloß er-
wartet wird, sondern bereits eingetreten ist, wird, so hofft man in
Deutschland, nicht bloß in Preußen eine rückhaltlose Beobachtung
verfassungsmäßigen Rechtes und eine besonnene Weiterbildung des-
selben, eine Beschränkung polizeilichen Einflusses, eine größere
Selbständigkeit des Gemeindelebens, eine Befreiung des Glaubens
und der Wissenschaft von der Bevormundung einer orthodoxen
Partei zur Folge haben.“

Schleswig. Rendsburg, 23. Nov. [Zur holsteinischen Frage.]
Nachdem die dänische Regierung den Austritt Holsteins aus dem Gesamtstaats-
verband ausgesprochen hat, drängt sich uns die Frage auf, wie soll es künftig mit
dem holsteinischen Bundeskontingente gehalten werden? Unmöglich kann es sich
der deutsche Bund gefallen lassen, daß der König von Dänemark und Herzog von
Holstein wie bisher eine Armee dänischer Soldaten, die nicht ein Wort deutsch
verstehen, als Bundeskontingent bezeichnen und diese in Holstein läßt, dagegen
die eingeborenen Holsteiner nach den altdänischen Provinzen zieht. Unbedingt
müssen fortan in Holstein und Lauenburg die eingeborenen Landesfinder mit hol-
stein- und lauenburgischen Offizieren und höchstkommandirenden stationirt wer-
den. Deutsches Kommando und deutsches Gezeck müssen an Stelle des dän-
ischen treten. Vor allem aber fragen wir: wird man von Seiten des Bundes
nicht endlich einmal daran denken, was aus Rendsburg werden solle, dieser uralten
deutschen Reichsfestung, wie sie vor Jahrhunderten offiziell genannt wurde?
Es ist eine unerklärliche Laune gewesen, daß der Bund die Demolirung einer
deutschen Festung gelassen ließ. Leider ist die Grenze Dänemarks durch die
Verträge vom Jahre 1851 bis zur Eider ausgedehnt, also dort bis an Rends-
burgs Mauern gezogen. Bei dieser Gelegenheit können wir nicht unterlassen, zu
bemerkten, daß Dänemark in der Nähe Rendsburgs nach dem Verträge von 1851
noch ein Stück holsteinisches Land abritt und zu Schleswig (also dem Gesamt-
staate) fügte, eben so verfuhr es mit der seit unendlichen Zeiten zu Holstein ge-
hörenden Insel Femern; auch diese wurde nach 1851, also gegen alle Verträge,
zu Schleswig geschlagen. Wie zähe die dänische Regierung an diesen Besitz, den
sie nach ihren dänischen Begriffen als zu Recht bestehend gelten läßt, hält, geht
daraus hervor, daß sie in allerneuester Zeit die neuen Spezialarten verschiede-
ner geographischen Anstalten, namentlich die der Berliner und Weimarer, verboten
und konfisziren ließ, weil diese vor wie nach die Grenzen Holsteins und Schleswigs
nach den Kartes des Bundesarchivs marktirt hatten. Die Demolirung der Festung
Rendsburg geschah gegen den Willen des Bundes eigenmächtig von Dänemark.
Sollte die dänische Finanzkasse nicht gehalten sein, die Festung, wie sie vor 1851
war, wiederherstellen zu lassen, und sollte der Bund nicht endlich einsehen, gleich
Lauenburg, die alte deutsche Reichsfestung zu einer deutschen Bundesfestung zu
machen, mit deutscher Bundesbesatzung? (S. 3.)

Großbritannien und Irland.

**London, 23. Nov. [Schlichtung der centralamerika-
nischen Wirren.]** Der ministerielle „Gerald“ schreibt: Zu den
Diensten, die Lord Malmesbury dem Vaterlande als Staatssekretär
des Auswärtigen geleistet hat, hoffen wir bald auch die Schlichtung
der centralamerikanischen Schwierigkeit zählen zu können. Dieselbe hat der
Anstrengungen unserer Staatsmänner viele Jahre lang gepöppet, und die Aussicht auf eine schleunige und befriedi-
gende Lösung der so klangvollen Frage wird in den Handelskreisen
auf beiden Seiten des Weltmeeres die heilsamste Wirkung haben.
Gegenwärtig giebt es über die centralamerikanische Landenge nur
den einen ungenügenden und ungelegenen Verbindungsweg zwi-
schen den beiden Meeren, der als die Route von Panama bekannt
ist. Die größten Vortheile aber bietet die durch eine Uebereinkunft
zwischen Costa-Rica und Nicaragua beschlossene Nicaragua'sche
Route, und Hr. Bally ist bereit, einen Zwischen-Meer-Schiffskanal
anzulegen, sobald die geeigneten Maasregeln ergriffen sind, um die
durch den Clayton-Bulwer-Vertrag gewährleistete Neutralität des
Isthmus unverletzt aufrecht zu halten. Der vollkommenste Ein-
klang herrscht über diese wichtige Frage zwischen England, Frank-
reich und den Vereinigten Staaten, und wir sind erfreut zu ver-
nehmen, daß der Präsident Buchanan eine Proklamation gegen

Walker und Genossen erlassen hat. Gleichzeitig ist von Seiten der Nicaragua'schen Legation in Washington bekannt gemacht worden, daß kein Bürger oder Unterthan irgend eines fremden Staats, außer die Transit-Route-Passagiere, ohne regelrechten Paß das Gebiet von Nicaragua betreten darf. Frankreich, England und die Vereinigten Staaten sind vollkommen einverstanden, und den Bestimmungen der bestehenden Verträge gemäß wird Nicaragua, wenn es um Beistand ansucht, gegen diese räuberischen Abenteurer unterstützt werden; man wird Walker und seine Spießgesellen ergreifen und behandeln wie eine civilisirte Regierung Land- und Seeräuber in der Regel zu behandeln pflegt. Zwei gewaltige britische Kriegsschiffe, der „Diadem“ und der „Caesar“ sind zum Schutz für die centralamerikanischen Behörden nach jenen Gewässern beordert, und ein Theil der französischen Flotte wird wahrscheinlich eben dahin jagen. Obgleich man von gewissen Seiten den Versuch gemacht hat, die Meinung zu verbreiten, daß dies eine Frage sei, in der ein Zwiespalt zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Mächten besteht, so ist dies dennoch durchaus nicht der Fall. Amerika und Europa haben ähnliche Zwecke im Auge, nämlich die gewissen centralamerikanischen Staaten vertragsmäßig zugesicherte Neutralität zu schützen und die besten Transitwege auf verschiedenen Punkten des Isthmus zu erlangen. Wir werden in unserer Ueberzeugung nicht durch den Wortlaut der erwähnten Proclamation des Präsidenten, sondern auch durch einen Artikel der vortrefflich unterrichteten „Washington Union“ bestärkt. Wäre die Aufmerksamkeit früherer Ministerien mehr auf die großen internationalen Zwecke dieser Frage gerichtet gewesen, so hätte die Lösung nicht so lange auf sich warten lassen.

[Lord Napier.] Der „Globe“ bestätigt die bevorstehende Abberufung Lord Napier's (s. Nr. 276) von seinem bisherigen Posten; demitric jedoch die über diese Abberufung gebrachte Version der „Morning Post“. Lord Napier erhalte in gewöhnlicher Weise eine diplomatische Beförderung durch Verlegung an einen europäischen Hof. (Nach einer Meldung der „S.“ ist derselbe nach dem Haag abgereist, um die mit der holländischen Regierung schwebenden Unterhandlungen in Betreff der niederländischen Landbesatzungs-Gesellschaft in Indien zum Abschluß zu bringen.) Seiner Abberufung liege keinesweges eine Mißbilligung seiner Ansichten zu Grunde. (S. N.)

[Tagesnotizen.] Hier ist man neuerdings einer Bande von Gaunern, welche russische Banknoten fabrizirte, auf die Spur gekommen. Zwei derselben, ein Russe, Namens Koshanowsky, und ein Preuße, Namens Goldberg, sind zur Haft gebracht. Wir erwähnten vor mehreren Wochen, daß die Gründung eines Versorgungsfonds für alte und verarmte Journalisten beantragt sei. Heute läßt sich schon mittheilen, daß der beantragte Verein bereits namhafte Unterstützung erhalten hat. Zur Verwaltung hat sich ein aus 12 Personen bestehender Ausschuss gebildet. Präsident ist Lord St. Leonards; als Vizepräsidenten fungiren Lord Lyndhurst, Lord Campbell, Mr. C. Wilson und Mr. C. W. Dille jun. Der gegenwärtige Lord Mayor übernahm den Posten eines Ehren-Sekretärs. Ein in Westminster stattgefundenes Meeting von Maßigkeitsfreunden gelangte zu dem Beschlusse, eine Agitation einzuleiten, damit alle Kneipen an Sonnabenden schon um 10 Uhr Abends geschlossen würden. Bisher durften sie bis Mitternacht offen bleiben. Vor Allem wollen die Betreffenden in den Provinzen Meetings veranstalten, um dem Parlamente eine mit möglichst vielen Unterschriften versehene Petition vorlegen zu können. Die Einweihung des zum Bischof von British-Columbien ernannten hochw. George Hill wird schwerlich vor Weihnachten vor sich gehen. Es bestätigt sich übrigens, daß Miß Burdett Coutts zur Gründung dieses neuen Bisthums 15,000 Pfd. St. beisteuert. Aus mehreren britischen Kolonien, namentlich aus Kanada, Neu-Braunschweig und Neu-Schottland, befinden sich gegenwärtig die namhaftesten Holzhändler hier, um Kontrakte mit der Regierung abzuschließen, und man denkt stark daran, künftig auch solche Bauhölzer, die bisher von Rußland und Preußen geliefert wurden, von den britischen Kolonien zu beziehen. In den Rechnungen der Admiralität belaufen sich die jährlich für Bauholz ausgegebenen Summen auf 1,000,000 Pfd. St. bis 1,200,000 Pfd. St. Das auswärtige Amt erhält noch immer Petitionen um Aufhebung des englischen Einflusses in der Mortara-Sache. Die letzte Petition dieser Art, welche Lord Malmesbury erhalten hat, geht von der „Scottish Reformation Society“ in Edinburgh aus und ist vom 19. November datirt. Die beiden Ladies Bridgman, die durch Entzündung ihrer Kleider dem Tode nahe gerückt waren (s. Nr. 275), sollen sich auf dem Wege der Besserung befinden, ohne daß sie jedoch von den Ärzten schon als außer Gefahr befindlich erklärt worden wären.

[Ueber die Kulte-Sklaverei] bemerkt die „Morning-Chronicle“ in einem Artikel: „Der Umstand, daß auf drei Kulte-Arbeiter-Schiffen, die unlängst in Cuba anlangen, die Zahl der während der Fahrt Gestorbenen ein Drittel der Eingeschifften betrug, und daß zwei jener drei Schiffe britische Fahrzeuge waren, läßt uns hoffen, daß Lord Carnarvon beim Zusammenritt des Parlaments abermals einen Gesetzentwurf zur Unterdrückung dieses unmenschlichen und für die britische Flagge so schmachvollen Handels einbringen wird. Die Vereinigten Staaten haben ein gutes Beispiel gegeben, welches von Frankreich und anderen Seemächten nachgeahmt werden sollte. Unter Kulte-Sklaven verstehen wir die gestohlenen, gekauften oder gegen ihren Willen eingeschifften; nicht die Chinesen, die ihr Fahrgehalt bezahlen können, und deren so viele nach Australien und Kalifornien gegangen sind. Da wir von diesem Gegenstande sprechen, so gesteht sich auch ein Wort über die vorgeschlagene Auswanderung unserer Unterthanen aus British-Indien nach französischen Inseln. Es sollte dafür gesorgt werden, daß man sie eben so gut wie die indischen Arbeiter in unseren Kolonien behandelt. In der That, wenn unsere Regierung darüber irgend ein Abkommen mit Sr. kaiserlichen Majestät trifft, müßte für den Kulte jede Vorsichtsmaßregel ergriffen und unseren Konsuln oder anderen Beamten die Vollmacht eingeräumt werden, die französischen Pflanzungen zu besuchen und darauf zu sehen, daß die zwischen beiden Theilen geschlossenen Kontrakte ehrlich eingehalten werden, sonst könnte die Sache in Sklaverei ausarten. Die Angelegenheit könnte nicht in bessern Händen als in denen Lord Malmesbury's sein. Inzwischen machen wir das Handelsamt auf die große Sterblichkeit auf den erwähnten zwei britischen Schiffen in der Havannah aufmerksam, sie bedarf einer Untersuchung.“

Frankreich. Paris, 23. Nov. [Diskussion der Mortara-Angelegenheit.] Die französische, oder doch mindestens die Pariser Presse versteht ihre Leser mit einer erlaunenswerthen Konsequenz in die Zeit des Mittelalters, die Zeit der religiösen Fehden und Zerwürfisse, und sowohl im Lager der Obituranten, wie dem der Liberalen, wird der Kampf so leidenschaftlich und hartnäckig geführt, daß selbst der ruhige Beobachter des seitlichen Anachronismus sich kaum bewußt hat. Es scheint nur eines praktisch brauchbaren Ereignisses bedürft zu haben, wie des europäisch gewordenen Kindesraubes, um die Einen in fanatischer Weise das Schwert ergreifen zu lassen zur Vertheidigung einer so großen Ungerechtigkeit, und den Anderen die Gelegenheit zu geben, für Humanität, Toleranz und Gewissensfreiheit in die Schranken zu treten. Der Grund dieser gewiß auffallenden Erscheinung inmitten des neunzehnten Jahrhunderts, inmitten des an Irreligiosität frantenden Frankreichs liegt indessen tiefer, als es auf den ersten Anblick erscheinen dürfte. Dem zelotischen Eifer der kirchlichen Blätter wird, wie es scheint, darum Spielraum gelassen, weil man dadurch dem im Volke tief gesunkenen Sinne für Religion und Kirche aufzuhelfen und ihn zu befestigen hofft. Angehörlichkeiten und Auszeichnungen dieser Presse werden mit Milde übersehen, man gestattet einem Louis Veuillot, den Prinzen Napoleon wegen seines Vorschlags, Israeliten als Generalräthe Algiers zu berufen, zu tadeln, man sieht nicht ungerne ihn seine Gegner an letzter Stelle mit dem Vorwurf zurückweisen, sie seien nicht Vertheidiger religiöser Abergläubung, sondern verkappte Feinde des Kaisers, der auf seiner letzten Reise Frankreich monarchisch-soldatisch und vorzugsweise katholisch genannt habe. Und in Berücksichtigung seines oben angeführten Zweckes ist auch der „Univers“, nicht, wie viele auswärtige Journale behauptet haben, im letzten Ministerrathe zu Compiègne getadelt und noch weniger verurtheilt worden, sondern man hat sich begnügt, ihn vertrauter Weise aufzufordern, in Zukunft Regierungsmaßregeln in schonenderer Weise zu besprechen. Und wie verhält sich zu alle dem das Publikum? Mit vollständigem Indifferentismus eilt es nur der Börse zu, die Einen sicher noch ein ferneres Steigen der Rente erwartend, die Anderen in Aussicht der nahen Baixe bedenklich den Kopf schüttelnd. (Pr. 3.)

[Tagesbericht.] Die Regierung hat heute durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß sie bei den Ersatzwahlen für den gesetzgebenden Körper, die in den Departements der Meuse, der Aisne und der Yonne gestern und vorgestern stattfanden, den Sieg davongetragen hat. Der „Moniteur“ bestätigt heute, daß der Kaiser durch Beschluß vom 21. Nov. 11 Personen, die wegen Betheiligung an den Unruhen der Stadt Algiers im August 1855 von den Geschwornen der Seine-et-Oise im Okt. 1855 verurtheilt wurden, den Rest der Strafe erlassen habe. Als Gründe zu dieser Begnadigung führt das amtliche Blatt das gute Betragen der Verurtheilten und die Gesühle der Reue, die sie kundgegeben, an. — Es bestätigt sich, daß Herr Bally nach Deutschland reist, um die Ehren-Präsidentenschaft des Unternehmens des Kanals von Nicaragua Herrn Alexander v. Humboldt persönlich anzubieten. Bei diesem Anlasse wird, dem Vernehmen nach, Hr. Bally auch die Höfe von Holland, Dänemark und vielleicht auch Rußland besuchen, um für sein Unternehmen zu wirken. — Das „Journal du Havre“ meldet, daß die Verwaltung in französisch-Guyana bekannt gemacht hat, das Marine-departement habe mit Kapitän Chevalier einen Vertrag zur Lieferung von 2000 afrikanischen Einwanderern abgeschlossen, die 1859 und 1860 nach Guyana gebracht und dort als Feldbauarbeiter verbunden werden sollen; die Plantagenbesitzer werden demnach aufgefordert, bei dem Direktor des Innern ihr Gesuch um afrikanische Arbeiter nebst Angabe der Zahl, die sie zu haben wünschen, einzureichen. Das „Journal des Débats“ bemerkt zu dieser Bekanntmachung, der Brief des Kaisers sei bei Erscheinen derselben in Guyana offenbar noch nicht gekommen. — Die ungarische Emigration hat in dem erst kürzlich aus Amerika zurückgekehrten Mejaros (ehemaligen Kriegsminister Ungarns) einen schweren Verlust erlitten. Dieser Mann ward von allen Parteien geachtet.

[Oesterreich und die italienischen Staaten.] Der „Courrier du Dimanche“ behauptet, daß Oesterreich mit mehreren Fürsten Italiens einen Bund abgeschlossen habe. Die „Patrie“ benutzte dieses, um in einem „D'un projet de ligue italienne“ überschriebenen Artikel auf diesen Gegenstand zurückzukommen. Sie widerlegt die Nachricht, wie sie schon gethan hat. Sie will keineswegs sagen (sie weiß sogar bestimmt das Gegentheil), daß nicht alle Bemühungen Oesterreichs auf dieses Ziel losstüben, sie behauptet aber, daß weder der Papst noch der König von Neapel noch sonst ein italienischer Fürst auf ein solches Projekt eingehen werde, noch könne. Eine Ausnahme macht der „Patrie“ zufolge einzig und allein der Herzog von Modena. Dieser ist aber, wie das halbamtliche Blatt bemerkt, kein italienischer Fürst mehr, sondern ein Vize-nant Oesterreichs, seit er dieser Macht sein ganzes Land überliefert habe. „Ein Bund dieser Art“, sagt das Blatt, „würde scheitern an den Bemühungen aller ausgezeichneten Männer des gegenwärtigen Italiens, wie der Aegidius, der Gabour, der Cuyponi u., die ganz Italien hinter sich haben würden, und sagen wir es offen, die eruchten Schatten der großen Publizisten Italiens, die von Gioberti, Balbo und der Majstre's, den man heute den ersten italienischen Patrioten nennen muß, würden sich erheben, um die italienischen Fürsten zu verfluchen, die das italienische Vaterland der österreichischen Herrschaft überliefert haben würden.“ Eine Thatsache, die allen moralischen und politischen Konventionen so sehr zuwider ist, braucht also keiner Diskussion unterworfen zu werden, um zu konstatiren, daß sie falsch ist; es reicht hin, zu beweisen, daß sie unmöglich ist.“ So weit das halbamtliche Blatt. Es muß einermaghen auffallen, daß das genannte Blatt sich mit einer solchen Behauptung gegen ein Projekt erhebt, dessen Existenz die „Dsd. Post“ noch leghin so energisch in Worte stellte. Die „Patrie“, das Organ des Prinzen Napoleon, die der Ligue italienne ebenfalls einen Artikel widmet, stößt in die Kriegskompetenz. „Es ist Oesterreich“, sagt sie am Ende ihres heftigen Ausfalls, „welches die herrlichen Provinzen der Lombardei verdrängt, Toskana einschüchtert, welches in Rom den Widerstand unterstüzt, den man dort einer jeden Reform leistet, und das bis nach Neapel seine unheilvollen Rathschläge ertheilt. Oesterreich kann in Europa als die düstere Personifikation des Rückschrittes betrachtet werden. Wir lieben nicht den Krieg, und wir hoffen, daß er eines Tages von der Oberfläche der Erde ganz verschwinden wird; aber wir wünschen noch einen Krieg, und zwar einen, der gegen Oesterreich gerichtet ist.“ Das heißt für einen Friedensfreund doch allzu stark dramatisiren!

[Der neue Präsekt von Algier] hat folgende Proklamation erlassen: „Einwohner des Departements von Algier! Algerien hat aufgehört, eine Kolonie zu sein. Unter dem edelmüthigen Einflusse Sr. Kais. Hoh. des Prinzen Napoleon hat eine neue Organisation die algerischen Departements denen des Mutterlandes gleich gemacht, eine größere Energie des Handelns den Lokalbehörden mitgetheilt, indem sie zugleich sie unabhängig macht; ihnen als Sicherheit eine von einem der berühmtesten Generale des Kaiserreichs kommandirte Armee bewahrt; der individuellen Initiative die Freiheit gelassen; Generalräthe geschaffen und eine breite Bahn allen Verbesserungen eröffnet. Berufen zur Präsektur von Algier durch den Willen Sr. Maj. des Kaisers, komme ich in Eure Mitte, um ohne Tradition, aber auch ohne Vorurtheile, mit allen meinen Kräften an dem Triumphe der wahren Prinzipien zu arbeiten, welche die Zukunft Algeriens sichern sollen. Ich nehme die Unterstützung aller ehrlichen Leute in Anspruch, ich rufe alle edelmüthigen Gesühle an, und ich hoffe, daß, Dank den Bemühungen und der Anwesenheit des Prinzen, der mit der Vollendung des von unserer glorreichen Armee begonnenen Werkes betraut ist, bald verwirklicht werden wird jenes Wort des Kaisers bei Bordeaux: Wir haben Marseille gegenüber ein ungeheures Königreich, das wir Frankreich ähnlich machen müssen.“

[Monaco; jüdische Koalition.] Der hiesige Korrespondent des „Nord“ will an den Ankauf des Fürstenthums Monaco durch Rußland nicht glauben, da dieser Kauf nicht ohne Zustimmung der Mächte, die den Wiener Frieden unterzeichnet haben, erfolgen könne. Thatsache sei nur, daß Sardinien mit dem Herzog von Valentinois über die Erwerbung Monaco's verhandelt habe; doch sei man zu keinem Ergebnisse gelangt, und diese Frage werde erst, wie so viele kleinere und größere, durch die Ereignisse erledigt werden, die früher oder später erfolgen werden. — Derselbe Berichterstatter will wissen, daß die jüdischen Finanzgrößen Deutschlands und der freien Städte sich jetzt mit Bildung einer Finanz-

Ligue gegen den Papst beschäftigen, um ihn zum Nachgeben in der Mortara-Angelegenheit zu bewegen, da die Hauptgeldquellen der römischen Kurie von jüdischen Bankiers herrühren. (S. 1.)

Paris, 24. Nov. [Tel. Dep.] Der Prozeß gegen den Grafen Montalembert hat heute Mittags um 12 Uhr unter Vorsitz des Hrn. Bertelin begonnen. In der Nähe des Justizpalastes drängt sich ein zahlreiches Publikum. (S. das Tel.) — Die Artikel, welche die „Patrie“ und die „Patrie“ gegen Destreich bringen (s. oben) beunruhigen die Börsenspekulanten.

Belgien.

Brüssel, 23. Nov. [Strafgesetzbuch.] Die Kammer hat heute die erste Abtheilung des zweiten Buches des neuen Strafgesetzbuches votirt; die Mehrzahl der Artikel wurde ohne erhebliche Diskussion genehmigt. Das neue Gesetz stellt einen sehr wichtigen Unterschied zwischen dem Attentat gegen die Person oder das Leben des Königs u. s. w. und dem Komplote auf. Im Gegenfatz zum Art. 86 des Strafgesetzbuches, welcher jene beiden Verbrechen in Bezug auf das Strafmaß in gleiche Linie stellte, erkennt das neue Gesetz nur für den Fall des Attentates auf Todesstrafe, während das Komplot mit 10 bis 15 Jahren Zwangsarbeit oder, sobald es einen Anfang von Ausführung erfahren hat, mit 15 bis 20 Jahren derselben Strafe geahndet wird. (S. 3.)

Schweiz.

Bern, 21. Nov. [Kompetenzkonflikt.] Der Große Rath des Kantons Bern schloß gestern seine Session mit einem Akte, welcher den Standpunkt anzeigt, auf dem sich die Politik der Regierung gegenüber der Nuntiaturl befindet. Es handelte sich um die Genehmigung der zweiten Uebereinkunft zwischen den Kantonen der Diözese Basel (Solothurn) und dem Bisthofs über Errichtung eines Priester-Seminars in Solothurn. Die Regierung erklärt sich gegen die Kompetenz des päpstlichen Geschäftsträgers, als Nuntius der Curie aufzutreten, und will nur dessen Eigenschaft als weltlichen Gesandten anerkannt wissen. (S. 3.)

Bern, 22. Nov. [Neuenburger Verfassung.] Gestern hat das Neuenburger Volk den dritten vom Verfassungsrath vorgelegten Verfassungsentwurf mit 5730 gegen 3385 Stimmen angenommen.

Italien.

Rom, 15. Nov. [Herzog Carlonia; die französische Besatzung; die preussischen Majestäten; Witterung.] Vorgestern ward der Herzog Don Giovanni Carlonia befestigt; er war noch nicht 28 Jahre alt, ein Neffe des Fürsten Don Alessandro. Dieser dem jüngern Geschlechte hier unersehliche Nobilität machte die aufopferungreichsten Veruche, der Sittlichkeit des armen Volks durch Erziehung und Unterricht aus ihrem Verfall herauszubelfen. Er hat davon nur Undank geerntet, blieb aber desseungetracht sich frei. Mit dem Tode dieses edlen jungen Mannes, der nach jeder Seite hin eine Ausnahme seiner Nation war, sind alle die kleinen und großen Anlagen seiner Humanitätsbestrebungen wohl auf lange Zeit oder für immer dahin. — Mit den Lieferanten ist die Munizipalität eilig in Unterhandlung getreten wegen einer eventuell zu stellenden Anzahl von Betten für französische Soldaten. Man könnte deren, heißt es auf dem französischen Plagkommando, möglicherweise 12,000 bedürfen. Es spricht auch diese Präliminarmaßregel für die immer offener hervortretende Absicht General Goyon's, das Okkupationskorps auf zwei vollständige Divisionen zu bringen. — Daß S. M. der König und die Königin von Preußen noch im Laufe des nächsten Monats in Rom eintreffen, ist, den neuesten direkten Nachrichten zufolge, sehr wahrscheinlich. Ihre Majestäten werden den Palast Caffarelli auf dem Kapitol bewohnen. — Wir haben einen eben so nasen als kalten Winter, dabei die schnellsten Temperaturübergänge. Vorgestern stand das Quecksilber 1 Grad über dem Gefrierpunkt, gestern hatten wir 15 Grad Wärme. (S. 3.)

Genua, 20. Nov. [Diebstahl.] Der Geneser Bank wurden kürzlich 40,000 Fr. in Banknoten gestohlen; nach dem heutigen „Corr. Merc.“ gelang es den Sicherheitsbehörden in Genua, der Thäter habhaft zu werden. Es sind ein Goldarbeiter, Ant Bruneto, und ein Uhrmacher, Mario Cesumpi. Man fand 11—12,000 Fr. Gold in ihrem Besitze.

Spanien.

Madrid, 19. Nov. [Ministerium und Cortes; die Thronrede.] Die Ansichten selbst in den höheren und höchsten Kreisen über das Verhältnis, in das sich das Ministerium zu den Cortes, zu der Majorität und dabei zur Krone stellen werde, sind so unendlich getheilt und entgegengesetzt, daß noch Niemand sich ein Urtheil über die Entwicklung der gegenwärtigen Situation bilden kann. Die Königin wird am 1. Dez. die Cortes in Person eröffnen. Man erwartet in der Thronrede eine ausführliche Darstellung der politischen und finanziellen Anschauung der Regierung nach Innen und Außen. Die Regierung soll gleichzeitig in dieser Rede erklären, über ihre Forderungen an Merito alle möglichen Aufschlüsse geben zu wollen, mit dem festen Entschlusse, auf einer feierlichen und vollständigen Genugthuung zu bestehen. Ferner wird die Regierung das Versprechen geben, alle schwebenden wichtigen Fragen im Laufe dieser Sitzung einzubringen, z. B. innerhalb acht Jahre zwei Milliarden Reales auf öffentliche Arbeiten, Festungen, Marine, Gefängnisse u. s. w. zu verwenden, und wird endlich die Hoffnung aussprechen, daß die Cortes so schnell als möglich und ohne viele unnöthige Worte diese Dinge erledigen werden. (S. 3.)

[Die Bank.] Nach dem von der amtlichen Zeitung veröffentlichten Nachweise über die Lage der spanischen Bank bejaß dieses Etablissement am 13. d. ein Aktiv-Vermögen von 491,919,102 Reales. Hieron waren 71,331,410 in Kasse; 14,033,047 in den Sukkursalien; 10,986,210 in Händen der Kommissäre. Im Portefeuille waren 348,914,655 und in Staatsfonds 33,315,218.

Portugal.

Lissabon, 12. Nov. [Ueber das Erdbeben] schreibt man der „S.“: Gestern Morgen, Donnerstag, um 7 1/2 Uhr, wurde Lissabon von einem gewaltigen, Bestürzung, Angst und Furcht über die ganze Bevölkerung verbreitenden Erdbeben heimgesucht. Glücklicherweise sind wir mit dem Schrecken davongekommen, denn in der That waren die Erdstöße so fürchterlich, daß sie Mark und Bein durchdrangen, und das philosophische Vblegma aus der Fassung bringen mußten, zumal in Anbetracht der wieder-

Holten entsetzlichen Katastrophen der Art, die von Zeit zu Zeit über Lissabon hereinbrachen. Anfangs verspürte man zwei schwache Stöße in der Richtung von Norden nach Süden, darauf einen stärkeren, und dann die schreckliche Erschütterung, welche zehn Sekunden dauerte, verbunden mit einem Getöse, ähnlich dem eines über das Straßenpflaster dahinrollenden Geschützwagens. Die inneren Wände der meisten Häuser zerfielen, Ziegel fielen von den Dächern, Sachen auf Tischen und Kommoden stürzten herab, Thürren, Fenster, Decken der Zimmer, Mauern und Dächer der Häuser erbebten in ihren Fugen, Klingeln schallten, Bilderrahmen an den Wänden wogten hin und her, und die Vögel in ihren Käfigen flatterten furchterfüllt umher. Alles in den Häusern entsetzliches Angstgeschrei der Bewohner, die zum Theil halb nackt auf die Straßen und Plätze liefen, "Misericordia, Misericordia!" schreiend. So viel bis jetzt bekannt, sind mit Ausnahme eines von einer einfallenden Mauer des Gebäudes der polytechnischen Schule erschlagenen Arbeiters und außer dem Einsturz einiger alten Gebäude sonstige Unglücksfälle nicht zu beklagen. Bei einer gleichzeitigen regnigen Witterung mit bewölktem Himmel wehte ein nicht starker Wind von Ost-Süd-Ost. Das hunderttheilige Thermometer zeigte 16,4 Gr., Barometer 747,3 Millim. Zwei Tage vor dem Erdbeben regnete es in Strömen, so daß das Nivometer 77,7 anzeigte. Elektrische und magnetische Instrumente zeigten unmittelbar nach dem Erdstöße keine Wirkung. Um die Cronit der, wie es scheint, hier in diesem Augenblick entsetzten Elemente zu vervollständigen, so wüthete am Tage und in der Nacht vor dem Erdbeben ein furchtlicher Sturm auf dem Tajo, welcher viele Schiffe auf demselben gefährdete und beschädigte, und in derselben Nacht brach ein mit Blizeschnellen um sich greifendes Feuer aus, das in dem bevölkersten Theile der Stadt an den Ufern des Tajo zwei ansehnliche Häuser im Ru in Asche legte, und zwar ganz in der Nähe der Gasbeleuchtungsabrik. Kam der Wind aus einer andern Richtung, so wäre diese Anstalt unselbstbar in die Luft geflogen und mit ihr ein großer Theil der benachbarten Gebäude und Bewohner.

Lissabon, 15. Novbr. [Die Aktienfrage über den „Charles Georges“.] Herr Carvalho stellte in der Abgeordneten-Kammer den Antrag, die Regierung solle sofort alle auf den „Charles Georges“ bezüglichen Dokumente vorlegen. Der Finanz-Minister, Herr Avila, erwiderte, daß dieses in der That die feste Absicht der Regierung sei. Da aber ein großer Theil dieser Dokumente in französischer oder englischer Sprache abgefaßt ist, so mußten sie nothwendiger Weise überlegt werden. Die einen starken Band bildenden Dokumente sind unter der Presse, und es ist wahrscheinlich, daß sie in der Kammer lebhaft Debatten hervorrufen werden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 14. Nov. [Ausdehnung der Dampfschiffahrt.] Wenn nach irgend einer Richtung hin ein wirklicher, dauernder und nachhaltiger Fortschritt seit der Beendigung des letzten Krieges gemacht worden, so ist dies jedenfalls die Entwicklung der Dampfschiffahrt, so wie die Vorbereitungen dazu. Es ist nicht allein bisher viel rascher damit gegangen, als mit den Eisenbahnen, sondern es wird voraussichtlich auch weiterhin rascher damit gehen, denn die Unternehmungen werden schneller einträglich werden, als die Eisenbahnen. Wenn man die Ausdehnung, welche unsere Dampfschiffahrt gewonnen, nur nach dem beurtheilen wollte, was über See geht, so würde man zu sehr falschen Resultaten kommen, denn in dieser Beziehung ist das Meiste noch künftig; aber der eigentliche Fortschritt liegt in unserer Binnenschiffahrt; gehört doch auch der Rion und der Amur jetzt zu unseren Binnengewässern. Das Kaspiische Meer, die sibirischen Ströme, die Zuflüsse zum Schwarzen und Weißen Meer sind außer allem Verhältnis gegen früher jetzt von Pyroscaphen befahren. Nir scheint die Ausdehnung der Besichtigung unserer Binnengewässer eine weit größere Berechtigung zu haben, als die beabsichtigten Eisenbahnen durch die südrussischen Steppen, deren Rentabilität in gar keinem Verhältnis zu den ungeheuren Baukosten steht. Daß Petersburg, Moskau und Warschau, vielleicht auch Kischnei-Nowo grod untereinander, und dann mit dem Auslande durch Eisenbahnen verbunden sein müssen, ist allerdings eine unabwiesbare Nothwendigkeit. Alle anderen Eisenbahnen beruhen aber auf Berechnungen, die nur der Zukunft angehören und eine sehr langsame Entwicklung haben werden. Mit der Binnenschiffahrt ist das anders. Da verwerthet sich sofort das Anlage-Kapital und wirklich gesteigerter Verkehr geht damit Hand in Hand. Rußland ist so außerordentlich reich an Wasserstraßen, daß hier noch wirkliche Goldminen verborgen liegen, welche nur die Hebung erwarten. Dem ausgebreiteten Kanalsystem, dessen erste Anlage in so großartigem Maßstabe wir Peter dem Großen verdanken, wird demnach auch eine Verbindung des Dnepr-See's mit dem Weißen Meere sich anschließen. Da der Dnepr-See mit dem Ladoga durch den schiffbaren Fluß Swir verbunden ist, so würde durch den neuen Kanal Petersburg direkt mit Archangel und weiterhin durch das Weiße mit dem Eismeer verbunden werden. Das Projekt dafür existirt schon lange; aber die Ausführung scheiterte bisher an einem Höhenzuge, der sich zwischen dem Dnepr-See und der sogenannten Dnepr-Bucht des Weißen Meeres befindet. Bei den Fortschritten der Wege- und Wasserbaukunst ist aber ein Berg kein Hinderniß mehr, und so hat denn der Ingenieur-Hauptmann Lebedeff den Befehl erhalten, die Linien des neuen Kanals festzustellen. Es läßt sich voraussehen, daß diese Linie die großen Wasserbeden der dortigen Landseen benutzen wird; z. B. den Segg-See, Wygg-See, Pulo-See, Sumo-See u. s. w. Zwar nicht in direkter Verbindung mit diesem Plane, aber doch mittelbar auf ihn einwirkend, stehen zwei Aktien-Gesellschaften, welche Dampfschiffe auf dem Ob und auf der Petshera ausrüsten wollen, so daß dann auch diese nördlichen Flüsse dem Handel erschlossen werden. Durch Ob und Petshera würde Petersburg auch direkt nach Tobolsk verladen und verschifft können, ohne den Umweg durch Ost- und Nordsee zu nehmen. Die eine dieser Aktiengesellschaften, die sich die Ob-Petshera-Gesellschaft nennt, glaubt ihren Zweck mit einem Kapital von nur 3 Millionen Rub. erreichen zu können, und das wäre für den Stand unseres gegenwärtigen Geld- und Vertrauensmarktes in der That eine Kleinigkeit! Die Seele des letzteren Unternehmens ist ein Herr Laffin, der jene Gegenden genau studirt hat und ihnen eine große Zukunft zuschreibt. Allerdings muß man von allen diesen Projekten den langen Winter abziehen; für unsere Verhältnisse bietet aber der Winterweg dafür Ersatz, denn im Winter beruht eigentlich durch

ganz Rußland eine belebtere Kommunikation als im Sommer. Was für den Amur geschieht, und daß die Vermehrung der Dampfschiffahrt auf dem Kaspiischen Meere wahrhaft erstaunenswerthe Resultate bereits gegeben hat, ist bekannt. Hier ist ein wirklicher Fortschritt geschehen und der Anjaß zu weiterer Entwicklung genommen. Diese Dinge hängen nicht von Prinzipien, von Regierungs- und Verwaltungs-Gewohnheiten oder von Treiben und Widerstand ab, sondern sie wachsen von selbst und sind gerade deshalb unumwiderrlich. Zu allen Unternehmungen, die sich auf Dampfschiffahrt beziehen, hat das Publikum auch ein großes Vertrauen, obgleich wir gerade hier in Petersburg auch schon dergleichen Unternehmungen haben. Deswegen ist aber die Auslage für den Bau eines Dampfschiffes nicht verloren, wenn es sich auch für die beabsichtigte Verbindung nicht rentabel bewest. Man kann andere Verbindungen dafür auffuchen, denn jedes Wasser trägt Schiffe. Mit einer Eisenbahn ist das anders. Einmal gebaut, liegt sie fest und kann nicht mehr zu anderen Zwecken benützt werden. Kaiser Alexander I. erließ am 22. März 1818 einen Ukas, welcher die Ausdehnung der damals schon bestehenden Binnen-Wasser-Verbindungen befaß. Wenn man überlegt, was in nun 40 Jahren in dieser Beziehung geschehen ist, so muß man sagen, daß Rußland diese Richtung schon seit längerer Zeit nicht vernachlässigt hat. (N. P. 3.)

Warschau, 23. Nov. [Zur Landesstatistik.] Aus dem von Fürst-Stathalter über den Zustand des Königreichs Polen im Jahre 1855 veröffentlichten Bericht theilen wir (vergl. Nr. 259) noch Folgendes mit: 1) Ob- thätigkeits-Institute: Es gab 57 Spitäler, in welchen 64,287 Kranke versorgt wurden. Von diesen genasen 48,332, starben 10,789, blieben in ärztlicher Behandlung 4404. Das Verhältnis der Sterblichkeit war hier wie 1:10. In den Bewahranstalten befanden sich durchschnittlich täglich 1088 Personen; hier war das Sterblichkeitsverhältnis wie 1:33. In den Waisenhäusern wurden täglich etwa 526 Kinder versorgt. Die Taubstummen- und Blinden-Institute hatten 135 Böglinge. Im Findelhaus wurden aufgenommen 5610 Findlinge. Die Kinderbewahrschulen wurden täglich von 501 Kindern besucht. Der Warschauer Wohlthätigkeitsverein zählte 255 Mitglieder. In den beiden Anstalten zur Beförderung gefallener Mädchen und zur Erziehung verwahrloster Kinder in Warschau befanden sich 940, in den Parochial-Bewahranstalten 1182 Pflanzlinge. Die Einnahmen aller Wohlthätigkeits-Institute betragen 760,570 S. R., die Kapitalien der wohlthätigen Privatstiftungen 1,137,576 S. R. 2) Straßen und Kommunikationen: Die Länge der auf Kosten der Regierung unterhaltenen Kunststraßen ist 3087/2 Meilen. Chaussees zweiter Klasse, die von Kommunal-mitteln erbaut und unterhalten werden und deren Länge auf 227 Meilen gebracht werden soll, wurden im Jahre 1855 nur 6 Meilen angebahnt. Es waren bis dahin 102 1/2 Meilen vorhanden. Die Wasserstraßen auf den schiffbaren Flüssen und Kanälen hatten eine Ausdehnung von 3817/2 Meilen, wovon 80% auf die Weichsel kommen. Eisenbahnen waren 44 Meilen vorhanden. Auf ihnen wurden im Laufe des Jahres 325,359 Reisende und 5,238,845 Pfd Waaren befördert. Die Einnahme davon betrug 750,000, die Ausgabe für Unterhaltung der Bahn und den Betrieb 588,000 S. R.

Türkei.

Konstantinopel, 14. November. [Erdbeben, Finanzen, Expropriation, Theater.] Nach einer Korrespondenz des „Journal de Constantinople“ aus Prevesa vom 25. v. M. ist auch dort, so wie in der Umgegend einen ganzen Monat hindurch die Erde in einem fortwährenden Erzittern. In Arguro Castro sind viele Häuser den Stößen der Erdbeben erlegen. — Die ersten 300,000 Pfd. St. der neuen engl. Anleihe sind hier angekommen. Man erwartete, daß die Börse durch diesen Zufluß sich noch zu Gunsten Papiers bessern werde, aber es ist ein Steigen des Goldes und des Silbers, wenn auch nur um 2 Prozent, eingetreten. Das erklärt sich vielleicht dadurch, daß die Ankunft dieser Kiste schon vorher bekannt, also deren Wirkung schon vorher eingetreten war. Oder auch, die Regierung bedarf jetzt sehr viel Geld. Da soll ein Armeekorps von 12,000 Mann nach Arabien gesandt werden. Es kommt ferner von Tag zu Tag Refuten hier an, diese sind einzukleiden, die Entlassenen bis auf den letzten Heller der Rückstände zu bezahlen. Dieser Tage sollen wieder 3500 Ausgediente von hier in die Heimath entlassen werden. An der afrikanischen Küste ist sogar ein Aufstand unter denjenigen, welche lange ihren Sold nicht erhalten und über ihre Zeit gedient haben, ausgebrochen. Ferner ist für die Wirksamkeit der Municipalität in Pera und Galata ein Bedeutendes nöthig. Die Verbesserungen, Expropriationen, Anlagen und Gehälter erheischen Millionen. Bis jetzt hat das Publikum noch keinen Pfennig dazu hergegeben, und das Ganze ist mit Vorwissen der Regierung geschehen. Dazu kommt, daß die Expropriationen, trotzdem daß eine riesige Summe dafür bewilligt ist, bei den Expropriirten energische Widerpflicht findet. Sie haben in Masse und hinter Mischung von Türken, Armeniern, Juden, Griechen und Franken einen Protest eingelegt, den die Municipalität sich anzunehmen geweigert und welchen die „Presse d'Orient“ in extenso mittheilt. Die Einen sagen, sie wollten für den öffentlichen Nutzen sich expropriiren lassen, aber nur für so viel, als dieser erfordert, das Uebrige aber behalten; die Anderen, daß der Ersatz von 7mal dem jährlichen Zins kein Aequivalent für ihr Eigenthum sei, und verlangen, daß nach den im Abendlande herrschenden Gesetzen ein Gericht und Experten ihr in Beschlag genommenes Eigenthum taxiren. Uebermorgen wird die Expropriation von den dazu beordneten Truppen mit Gewalt ausgeführt. Das dort stehende Militär-Wachthaus liegt schon nieder. Endlich kommt auch das Theater des Großherrn. Herr Thowenel hat dem Sultan am vorigen Dienstag seinen Abschiedsbesuch gemacht und reiste am Mittwoch mit dem Dampfboote der Messageries Imperials nach Marseille trotz der stürmischen Witterung ab. Der Großherr gab ihm zu Ehren eine brillante Gasbeleuchtung in dem prachtvollen, von Gold und Silber strotzenden Theater, welches er in Dolmabaghische durch den Franzosen Herrn Sehan hat herstellen lassen. Diejenigen, welche das Glück hatten, dort mit anzuwesen zu sein, können nicht genug den Glanz und das Zauberhafte rühmen, das dort ihre Augen geblendet. Allerdings ist einem Hofe ein solches Theater zu gönnen, aber es hätte etwas weniger massives Gold dabei verschwendet werden können. (R. 3.)

Griechenland.

Athen, 16. Nov. [Die Kammern] sind, wie schon gemeldet, am 10. d. von dem Ministerpräsidenten Miaulis eröffnet worden, nachdem vorher der Erzbischof von Lacedaemonien die Einweihung des Sitzungsorts vorgenommen hatte. Als Alterspräsident wurde der Deputirte der Insel Naxos, Barozis, anerkannt.

Amerika.

Newyork, 13. Nov. [Neuestes.] In den Vereinigten Staaten herrscht fürchterliche Kälte. — Walker hat sich mit Hennigen ausgesöhnt. — Die Mohawk-Indianer hatten bei einem Ueberfalle 9 Emigranten getödtet und 16 verwundet.

Africa, 7. Okt. [Aufstand.] In Borkwa ist abermals ein Aufstand unterdrückt worden, der an der Grenze von Peru ausgebrochen war. Die Kadersführer, 18 an der Zahl, sind kriegerisch zum Tode verurtheilt worden. Man glaubt, daß dieser Schritt die Regierung des Präsidenten Vinases für eine Zeitlang sicherstellen werde. Chenique befindet sich noch in Borkwa, um einen Einfall in Peru zu organisiren, der jedenfalls stattfinden wird, wenn die peruanische Regierung dabei beharrt, sich auf einen Krieg mit Ecuador einzulassen.

Valparaiso, 1. Okt. [Der Kongreß; die Kolonisten.] Der Kongreß hat in seiner diesjährigen, am 16. v. M. geschlossenen Session nur wenige Maßregeln von bedeutendem Interesse votirt, dagegen eine große Anzahl späterer Berathung vorbehalten, und man hält es daher für wahrscheinlich, daß die Regierung den Kongreß zu einer außerordentlichen Session einzuberufen beabsichtigt. Einer der letzten Beschlüsse des Kongresses war die der Regierung ertheilte Ermächtigung, die in Privathänden befindlichen Aktien der Santiagos Valparaiso-Eisenbahn anzukaufen. — Die Regierung hat in diesen Tagen durch ein Dekret das Regulativ für die Kolonie Manabue publizirt. Den Kolonisten, welche sich in derselben niederlassen wollen, wird eine Farm von 12 Quadrat-Quadrats für den Familienwater und von 6 Quadrat-Quadrats für jeden seiner über 10 Jahre alten Söhne zum Kaufpreise von 1 Dollar pr. Quadrat-Quadrat, Befreiung von Grundsteuer, Accise und Patentsteuer auf 15 Jahre, nebst Geldunterstützung für den Lebensunterhalt in dem Hafen Melipulli, für die Transportkosten von dort nach der Farm und für den Ankauf von Samereien, so wie endlich das Bürgerrecht von Chile versprochen.

Die Abgeordnetenwahlen in preussischen Staaten.

(Bergl. Nr. 277.)
Im 1. Danziger Wahlbezirk (Kreis Elbing, Marienburg und Stargard): Delonon Michael Kies in Marienau mit 275 von 327 Stimmen. — Im 4. Königsberger Wahlbezirk (Kreis Friedland, Gerdaun und Rastenburg): Gymnasial-Direktor in Rastenburg mit 231 von 361 Stimmen. Gürtelbeher Herr von Wangonen mit 188 von 357 Stimmen. — Im 6. Königsberger Wahlbezirk (Kreis Preuß. Holland und Mohrungen): Landrath Herr von Sanig-Podangen mit 157 von 288 Stimmen. Rechtsanwält v. Korfenbeck in Mohrungen mit 154 von 283 Stimmen. — Im 7. Königsberger Wahlbezirk (Kreis Neidenburg und Osterode): Landrath des Niederanger Kreises v. Kaverne-Pequihen mit 135 von 235 Stimmen. Rittergutsbes. von Barzen mit 167 von 230 Stimmen. — Kreis Eßgen, Sensburg und Angerburg: Graf v. Lehndorf auf Steinort, Staatsanwält Reich in Angerburg. — Im 1. Marienwerderischen Wahlbezirk (D. Krone, Ratow, Schlochau): Rittergutsbes. Grütner-Marienfeld, Landrath v. Weiser, Rittergutsbes. Baron v. Estorf-Ziethen. Graf Rittberg hat die Wiederwahl abgelehnt. — Im 2. Marienwerderischen Wahlbezirk (Kreis Königs- und Schweg): Kreisrichter Würmling in Schweg mit 173 mit 343 Stimmen. Stadtrath a. D. Mariens in Danzig mit 182 von 339 Stimmen. — Im 4. Marienwerderischen Wahlbezirk (Kreis Graudenz und Rosenberg): Staatsminister Alfred v. Auerswald mit 228 von 310 Stimmen, Oberamtm. v. Kreis auf Nochenhausen, Kr. Graudenz mit 198 von 299. — Im 5. Marienwerderischen Wahlbezirk (Kreis Cöbau und Strasburg): Kreisrichter Miesyslaw v. Eschowitz in Strasburg mit 156 von 308 Stimmen, Domberr Anton Klingenberg in Esbau mit 149 gegen 2. Genig mit 144 Stimmen. — Im 6. Marienwerderischen Wahlbezirk (Kreis Bohn und Kulm): Landrath v. Schroeter zu Kulm mit 147 von 293 Stimmen, Fabrikant Gustav Weese in Bohn mit 140 von 267 Stimmen. — Kreis Weichau und Baltau: Gutbes. v. Sauten-Drepschen, Kreisger. Rath Larz. — Kreis Zinten und Pr. Eylau: Graf zu Dohna-Weselschöfen v. Lettau-Tells.

Köslin (außer den Gemeldeten): Rittergutsbesitzer Freytag auf Metzin.
Im 5. Frankfurter Wahlbezirk: Reg. Rath a. D. Krause, Dr. v. Zastrow. — Im 7. Wahlbezirk Potsdam: Dr. Lüdersdorf, Baron v. Gärdenstein-Prözel, Kr. Ger. Dir. Geert, Weid. Geh. Ob. Reg. Rath a. D. Mathis. — Im 8. Wahlbezirk Potsdam: Kammerherr v. Krain-Kredschelndorf.
Im 6. Magdeburger Wahlbezirk: Gutsbesitzer Georg Dieckel, Kreisrichter Weide. — Im 1. Wahlbezirk Merseburg: die Rittergutsbesitzer Stephan und Grobe. — In Hardelegen: Rittergutsbesitzer v. D. Knebel, Staatsanwält Paue. — In Sangerhausen: Amtm. Jägingen, Dr. Ostheim.
Glatz: Prarrer Mitsche in Rengersdorf, Landrath v. Hochberg in Habelschwerdt, Obertribunalsrath Schüg in Berlin. — Gleiwiß: Exprieter Kühn, Geheimrath und Direktor Grundmann, Landrath Graf v. Strauchwitz. — 3. Doppelner Wahlbezirk (Kreis Lublitz und Groß-Strehlitz): Oberamtmann Schwarz auf Eubichau, Kr. Lublitz, Sr. Ger. der Weid. Geh. Rath Graf Andreas v. Renard auf Groß-Strehlitz. — 5. Doppelner Wahlbezirk (Kreis Pleß und Abzwitz): der Exprieter Joseph zu Pleß, der f. Kammerherr v. Witowski auf Salsch (Zawitz), Kr. Pleß.
Im 1. Wahlbezirk Arnberg: Gutsbesitzer Plagmann, App. Ger. Rath Schmidt. — Im 2. Wahlbezirk Arnberg: Gutsbesitzer v. Stochanzen. — Im 3. Wahlbezirk Arnberg: Ger. Dir. v. Bengben, Kaufmann Keup. — Im 4. Wahlbezirk Arnberg: Gutsbesitzer v. Beckum-Dolffs, Gutsbesitzer Dierweg, Kaufmann Wegmacher. — Im 2. Wahlbezirk Minden: Ger. Dir. Buschmann, Ger. Dir. Schulz. — Im 4. Wahlbezirk Minden: Ger. Rath Schmidt, Gutsbesitzer Derenthal, Ger. Rath Schüller. — Im 2. Wahlbezirk Münster (Tecklenburg-Steinfurt): App. Ger. Rath Mohden zu Posen, Seminaroberlehrer Dr. Terbed zu Büren. — Für Warendorf, Bedum u. Birk-Birgenemeyer zum Theil in Warendorf, Amtmann Brüning in Gunitzer. — In Witten: Freiherr G. v. Binde, Friedrich Harfort, Rechtsanwalt Ratopp.
Im 1. Kächener Wahlbezirk: Obertribunalsrath Bläser, Geh. Rath Stein. — Im 3. Kächener Wahlbezirk: App. Ger. Rath Pelzer, Landger. Assessor Glähen. — Im 3. Wahlbezirk Düsseldorf: Justizrath Strohm, Reg. Präsident a. D. v. Bardeleben, Herr v. Beterath. — Im 7. Wahlbezirk Düsseldorf: App. Ger. Rath Bachem, Kaufmann Frings. — Im 8. Wahlbezirk Düsseldorf: Peter Reichensperger, Delonom Woster. — In Rochem: Landrath z. D. Dellus, Med. Rath Dr. Wegeler. — Im 4. Wahlbezirk Köln: Kaufmann Werle und Landrath Kaiser. — Im 5. Wahlbezirk Köln: Justizrath Heister, Friedensrichter Gobbels. — In Simmern: Friedensrichter Kaug, App. Ger. Rath Schmidt.

Kolales und Provinzielles.

S. Polen, 26. Nov. [Konzert.] Geistig und körperlich abgepannt durch die überhäufteten Arbeiten u. der letzten Wochen betreten wir gestern Abend nur der Pflichterfüllung halber den Konzertsaal. Allein wir gestehen gern, daß wir das diesmal nicht bereut haben. Wir dürfen endlich wohl auch hier unsere Ansichten über modernes Virtuositenthum als ziemlich bekannt voraussetzen, und so wird man auch im Voraus sich sagen können, daß wir von einem vierzehnjährigen Violinvirtuosen keine vollendete Meisterhaftigkeit weder in der Technik, noch (das das noch weniger) in Auffassung, Vortrag und Charakteristik u. s. d. fordern oder erwarten. Die genialen Naturen, die dergleichen in diesem Alter an nähernd wenigstens bekunden — die Milandolli's, die Neruda, Arthur Napoleon — sind als „geniale Naturen“ eben nur Seltenheiten, wenn man mit dem Worte genial nicht so überaus verschwenderisch um sich werfen mag, wie das heutzutage z. B. in so manchen Theaterzeitungen und ähnlichen Sitte, oder Anstalten ist. Mag unser junger Violinpieler Jean Hanif nun zu diesen Genies nicht gehören, so hat er doch in diesem jugendlichen Alter schon, durch ein schönes Talent und eine tüchtige Schule gefördert, die Berechtigung sich erworben, öffentlich aufzutreten. (Fortsetzung in der Beilage.)

und man kann dabei von dem traurigen Umfange ganz absehen, daß er des Augenlichts entbehrt, und also überall doppelt das warme Interesse fühlender Herzen erregen muß.

Der junge Künstler besitzt einen wirklich schönen, innigen, wenn auch nicht überaus kräftigen Ton, ein gut geschultes Technik, eine solide Behandlung des Instruments und eine sehr achtungswürdige Virtuosität, die sich auch mit sehr bedeutenden Schwierigkeiten, Capricien, Etüden, Pizzicato, Flageolett u. recht glücklich abzufinden weiß, und dessen Intonation dabei im Allgemeinen als eine durchweg befriedigende zu bezeichnen ist.

Das Akkompagnement hatte Herr R. Kambach mit erfreulichster Bereitwilligkeit übernommen. Außerdem unterstützte auch der gern gehörte Pianist Hr. A. Krug den Konzertgeber durch den Vortrag einiger Kompositionen von Mendelssohn und Chopin und erntete verdienten Beifall, wie dies auch von Hrn. Gesanglehrer Schmidt zu erwähnen ist, der, bereitwillig ausshelfend, noch spät den Vortrag einiger Gesangsstücke übernommen hatte.

Posen, 26. Nov. [Polizeibericht.] Den 22. d. Mts. gestohlen: ein graugelbeses katurnes Kleid, ein weiß und roth farbitter Dackel, zwei dergl. Kopfschmücker, ein Beklaten, ein Frauenhemde, C. R. I. geze, zwei buntfarbene Halstücher, eine blaue Leinwandene Schürze, eine weiße gewebte, mit blauer Binde, eine weiße Haube mit blau und weiß geschmückten Bänder, ein schwarzweißes Frauenhemde, ein Paar neue blaue baumwollene Strümpfe, ein weißes Flortuch und eine bunte Markttasche mit 7 Sgr. und zwei weißen Taschentüchern.

Krotoschin, 25. Nov. [Die Wahlen.] Die Wahl im 5. Posenschen Wahlbezirk, welcher den ganzen Kreis Krotoschin und von dem Krobener die Polizeidistrikte Gostyn und Zutorschin umfaßt, ist beendet. Das Resultat ist bereits gemeldet, und füge ich nur noch hinzu, daß der Gegenkandidat in beiden Abstimmungen der Landrath Krupa war, der sowohl bei der ersten wie bei der zweiten Abstimmung 98 Stimmen erhielt, was ergibt, daß die der Regierung ergebene Partei nicht wankte. Wir sind einem zahlreichen Gegner (170 Stimmen) entgegen, aber mit Ehren. Die Wahl ist vorüber, und es wird jetzt auch die politische Aufregung sich legen. Welche Menge Enttäuschungen werden aber diese Wahlagitatorien zur Folge haben, wie wenig Versprechungen werden gehalten werden können, mit denen man leider zu freigebig war! Da ist die Rede von Grundbesitz, der zur Vertheilung gebracht, von Kirchenspitzen, die zu verkaufen oder zu verpachten sein sollen, um sie zur Vertheilung der Meßalien zu verwenden, von einer Ordre, die die angestammten Religionen gefährde, und verlange, daß die Katholiken evangelisch werden sollten, u. dergl. m. Trotz aller Aufregung bei der Wahlversammlung war aber der Verlauf derselben ein friedlicher, wie die außerordentliche Ruhe des Wahlkommisarius von vorn herein gleich weit die außerordentliche Ruhe des Wahlkommisarius von vorn herein gleich weit die außerordentliche Ruhe des Wahlkommisarius von vorn herein gleich weit...

N. Meseritz, 25. Nov. [Der Ausfall der hiesigen Wahlen.] Als Kandidaten hatten sich in den Vorversammlungen, welche der eigentlichen Wahl vorausgingen, Baron v. Hiller, Staatsanwalt Sander, Kreisrichter Weiß und Landrath v. Sauer aufgestellt. Eine Einigung unter den deutschen Wahlmännern war leider nicht zu ermöglichen gewesen, und hatte dies zur nächsten Folge, daß bei dem ersten Struktinum, wo sich auf Baron v. Hiller 139, auf den polnischen Kandidaten v. Zoltowski 136 und auf Staatsanwalt Sander 57 Stimmen vereinigten, eine absolute Mehrheit nicht erzielt wurde. Dieser erste Abstimmung war übrigens in so fern von Bedeutung, als die Majorität der Deutschen und die eigentliche Stärke der polnischen Partei, die unter sich einig und wohl diszipliniert auf dem Kampfplatze erschien, klar an den Tag trat. Gewiß zeugte es von echt deutschem Sinne, wenn bei der darauf folgenden engeren Wahl auch die politischen Freunde des Staatsanwalts Sander, zugleich treue Anhänger des jetzigen Ministeriums, dem Baron v. Hiller ihre Stimmen zuwandten, um den etwaigen Sieg in seiner Weise zu gefährden. Den von den Polen angebotenen Kompromiß, wiewohl er den Sieg ihres Kandidaten sicher gestellt hätte, wiesen sie zurück und erwarben sich dadurch Anspruch auf Unterstützung von Seiten der sogenannten reaktionären Partei, zumal die gemäßigten und loyalen Gesinnungen Sander's unter den übrigen deutschen Wahlmännern allgemeine Anerkennung fand. Nichts desto weniger begaben sich mehrere Deutsche, unter ihnen einige Rittergutsbesitzer des hiesigen Kreises, bei der Wahl des zweiten Deputirten ihres Stimmrechts und ermöglichten in Folge dessen einen im hiesigen Bezirk noch nicht vorgekommenen Sieg der polnischen Nationalität. Herr v. Zoltowski erhielt sogleich die absolute Majorität. Noch nie (das ist die Ansicht der erfahrensten Männer) hat sich hierorts eine gleich rege und frische Theilnahme an dem wichtigen Wahlakte kund gegeben. Schon die Debatten in den Vorversammlungen legten davon Zeugnis ab. Hier traten besonders Baron v. Hiller, der durch seine Offenheit und Mäßigkeit auch seine Gegner für sich einzunehmen wußte, ferner Gutsbesitzer Bandelow aus Granz, die Kreisrichter Heyne und Weiß aus Grätz, so wie Staatsanwalt Sander von hier als Redner auf. Keine wichtige Seite uners Staatslebens wurde unerwähnt und unerörtert gelassen. Interpellationen, an die einzelnen Kandidaten gerichtet, nöthigten dieselben zu eingehenden Kundgebungen ihrer Ansichten über die bedeutungsvollsten Zeitfragen und gewährten auch den weniger gebildeten Wahlmännern eine hinreichende Einsicht in die gegenwärtige Situation. Daß es übrigens auch diesmal an Beeinflussung der Wahlen nicht gefehlt hat, liegt wohl in der Natur der Sache. Absolut freie Wahlen dürften wohl auch für die Zukunft nur zu den frommen Wünschen zu rechnen sein, wenn schon zu erwarten steht, daß Ausdehnungen der geltenden Zurechnungsweise nicht entgegen werden. Hoffen wir übrigens von der Zukunft das Beste, hoffen wir ins Besondere von den neu gewählten Vertretern der Nation, daß sie den von Sr. K. Hoh. dem Prinz-Regenten ernannten Ministern mit unbedingtem Vertrauen entgegen kommen werden, denn nur dann kann auch das große Werk der organischen Fortentwicklung unsrer staatlichen Einrichtungen vor jeder Störung gewahrt und das Wohl des geamanten preussischen Vaterlandes, das wieder eng mit der Macht unsrer Krone zusammenhängt, für alle Zeiten hin gesichert bleiben.

II. Wrechen, 25. Nov. [Zu den Wahlen.] Die in dem zweiten Posener Wahlbezirk (Kreis Pleschen und Wrechen) am 23. d. in Neustadt a. B. abgehaltene Abgeordnetenvahl hat sich zu Gunsten der polnischen Mitbürger entschieden. Wie auf höhere Eingebung schien nur ein Geist die nicht geringe Anzahl von Wählern zu durchdringen, die einstimmig ihre Kandidaten wählten, die, wie uns dünkt, unter den öffentlich genannten Kandidaten der polnischen Partei gar nicht mit aufgeführt waren. Der vielfach genannte Rittergutsbesitzer Wladislaus v. Taczanowski zu Szpylow mußte (er hatte die Gefälligkeit entschieden gegen sich) auf die Kandidatur verzichten. Der ziemlich stark vertretene Bauernstand hielt sich natürlich zu den Geistlichen, und so konnte die Entscheidung um so weniger zweifelhaft sein. In der ersten Wahl (Kreis Pleschen) stimmten 286 Wahlmänner (absolute Majorität 144), davon erhielten Weihbischof Stefanowicz in Posen 220 Stimmen, Landrath Gregorowicz in Pleschen 59, Kreisrichter Korek in Wrechen 3, Kreisrichter Jucker daselbst 1, Referendar a. D. Palujzewicz in Pogorzelle 1, Graf Pominski in Wrechen 1, Ministerpräsident Fürst v. Hohenzollern in Berlin 1 Stimme. In der zweiten Wahl (Wrechen) stimmten 278 Wahlmänner (absolute Majorität 140); davon erhielten Graf Severin Mielzowski zu Mieloslaw 219 Stimmen, Landrath Gregorowicz zu Pleschen 42, Landrath Brenkmar zu Wrechen 9, Staatsminister Rottwell zu Berlin 6, Staatsminister v. Auerswald 1, Rittergutsbesitzer Wladislaus v. Taczanowski aus Szpylow 1 Stimme. So wurden denn Bischof Stefanowicz und Graf Mielzowski mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt. Ein anderes Resultat zu erzielen, wäre unmöglich gewesen, selbst wenn unter den deutschen Wahlmännern des Wrechener Kreises dieselbe Einigkeit, wie unter denen des umliegenden Gerichts hätte; da in unserem Kreise allein unter 189, resp. 179 Wahlmännern (10 Wahlen waren ungültig) sich nur 49 Deutsche (darunter 8 Juden) und dagegen 130 Polen befinden, und zwar letztere den Ständen nach: 35 Rittergutsbesitzer und Gutspächter, 21 katholische Geistliche, 8 Bürger, 40 bäuerliche Wirthe, 25 herrschaftliche Wirthschaftsbeamte, 4 Schulzen, 2 Organisten und 2 Lehrer, während von 3 Jahren auf dem Lande meist die Schulzen und Lehrer zu Wahlmännern gewählt waren. Im Verhältnisse zur Seelenzahl wäre es sogar gerechtfertigt, wenn das deutsche Element noch geringer vertreten gewesen wäre. Nach der letzten Zählung hatte der Kreis Pleschen 53,709 Einwohner, darunter 6980 Deutsche, 2188 Juden und 44,541 Polen; es kamen also bei 179 Wahlmännern nur 23 auf die Deutschen, 7 auf die Juden und 149 auf die Polen, Was

die Wahlverhandlungen selbst anbelangt, so gingen diese unter Leitung des hiesigen Landraths in der besten Ordnung vor sich, nachdem die anwesende katholische Geistlichkeit des Morgens eine Messe gelesen hatte. Große Senation erregte die Abgabe der Stimmen für den Staatsminister Rottwell. Versammelt hatte man sich im Salmagazin zu Neustadt a. B. und mußte natürlich bei der Beteiligungen fast sämtlicher Wahlmänner (gegen 300) auch viele Unbequemlichkeiten ertragen.

Schrinn, 25. Nov. [Von den Wahlen.] Vor Beginn des Wahlaktes am 23. d. versammelten sich sämtliche Wahlmänner kath. Konfession zu einem Gottesdienste in der hiesigen Pfarrkirche, und auch nach der Wahl wurde unter Theilnehmung der Wahlmänner wie des Publikums in derselben Kirche das Te Deum abgelesen.

II. Birke, 25. Nov. [Wahlen.] Bei der hier für die Kreise Birnbaum und Sander stattgehabten Wahl der Abgeordneten wurden (wie bereits gemeldet) als solche gewählt: Baron v. Seydlitz auf Szrodke, Kreis Birnbaum, und Landrath v. Puttkammer zu Sander. Der Kampf war ein sehr hartnäckiger und dauerte trotz der strengen Kälte bis Abends 8 Uhr. Bei der Wahl des ersten Abgeordneten stellten sich 8 Kandidaten. Es erhielten: Gutsbesitzer v. Lubinski auf Kohnzin, Kreis Sander, 115, Baron v. Seydlitz circa 80, Landrath v. Suchodolski in Birnbaum 52 Stimmen; die anderen Stimmen haben sich zerstückelt. Nachdem der Baron v. Massenbach auf Bialestok seinen Rücktritt erklärt hatte, thaten dies auch die anderen Kandidaten, darunter auch der Landrath v. Suchodolski. Bei der engern Wahl, die auf Lubinski und Seydlitz beschränkt war, erhielt letzterer die Majorität. Bei der zweiten Wahl stellte v. Massenbach sich wieder als Kandidat und erhielt etwa 30 Stimmen, Landrath v. Puttkammer und v. Lubinski je etwa 100 Stimmen; v. Massenbach erklärte wieder, daß er zurücktrete und entsennte sich mit seinen Genossen aus der engern Wahl. Dies hätte dem deutschen Element schaden können, da die Polen einstimmig auf v. Lubinski hielten. Trotzdem erhielten die Deutschen den Sieg: v. Puttkammer hatte 122 und Lubinski ca. 104 Stimmen. Nach beendeter Wahl brachte Bürgermeister Weiß aus Pinne ein Begehren auf Sr. Majestät und das königliche Haus aus.

Angekommene Fremde.

Vom 25. November.

BAZAR. Die Gutsb. v. Dieckl und v. Boguslawicz aus Jezioro, v. Lacki aus Posadomo, v. Rycklowski aus Wegorzewo, v. Stablewski aus Zalesie und v. Niegolewski aus Wloszczewo, Bevollmächtigter Nieskolowski aus Schinin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsb. v. Meyer und Frau Rittergutsb. v. Meyer aus Czarnotul.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsb. Gellhorn aus Brandenburg, Techniker Schrödein aus Bromberg, prakt. Arzt Münzer und die Kaufleute Lanzenderger aus Berlin und Wilhelm aus Slogau.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutsb. v. Topinski aus Ruffocin, die Kaufleute Horch aus Offenbach, Klein aus Stettin, Saag und Bodenstern aus Berlin, Schimmler aus Osterode und Schramm aus Porzheim.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Königl. Kammerherr Graf Radolinski aus Jarocin, Gutsb. Walz aus Góra, Frau Gutsb. Jacobi aus Trzaska, Gutsb. Gutschalk aus Górzno, Pr. Lieutenant im 18. Inf. Regt. v. Kistlich aus Birnbaum, Opersängerin Frau Walburger aus München, die Kaufleute Ksch aus Leipzig, Kunze und Albrecht aus Berlin.
HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Rogorowski aus Jasin, v. Chlapowski aus Szoldow und v. Modlibowski aus Siedemin, Frau Gutsb. v. Szagancica aus Brody und Domänenpächter Ebel aus Wittkloster.
SCHWARZER ADLER. Die Gutsb. Bagrowski aus Szpytnik und Regierung aus Sokolnik, Frau Gutsb. v. Brodnicka aus Niesiwiatowice, Wirthschafts-Kommissarius Przeradzki aus Staw, Gutsb. Klawrocki aus Wierzchowice, Kandidat Cempinski aus Breslau, Probst Kadecki aus Trzelnia, Dekonon v. Piotrowski aus Biedowo, Frau Doktor Knispel aus Mur. Gostyn, Frau. Itz aus Lopuchowo und Kaufmann Scholz aus Sarne.
HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Gieselski aus Sosnowo und Gieselski aus Bielawo.
HOTEL DE BERLIN. Frau Direktor Dziadel aus Birnbaum, Frau Sanitätsrathin Wittzack und Frau Wittzack aus Strzegomino, Hauptmann Fietich aus Berlin, Oberförster Heintz aus Dobrowice, die Rittergutsb. Trepmaner aus Wulla und v. Regalinski aus Gerszewice, Rentier Böhthel aus Trzebielawki, Dekan v. Dydynski aus Klecko, Studiotus v. Dydynski aus Trzebielawki, Rittergutsb. Tuschke aus Sierakowo und Kaufm. Bröng aus Berlin.
EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Kagenellenbogen aus Krotoschin, Hellingner und Bollmüller Graumann aus Breslau.
HOTEL ZUR KRONE. Kommissar Trzebinski aus Ludom, die Kaufleute Lewy aus Schöffen und Brand aus Kowitz.
DREI LILLEN. Die Kaufleute Großmann und Peßel aus Grünberg.
KRUG'S HOTEL. Pferdehändler Braun aus Ratibor, Handlungs-Weißender Schott aus Grünberg, Kaufm. Buchholz aus Biegnitz und Wagenbauer Starke aus Zauer.
ZUM LAMM. Kaufm. Sandberger aus But, die Handelsleute Girketon und Schreibe aus Neutomysl, Revierjäger Schulz aus Bukowice.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Setzamtmachung. Die Lieferung des Bedarfs von circa 27 Centner Del, 380 Pfund Talglöcher, 15 Stanzlichter, 72 Klaffern Birken-Klobenholz, 650 Pfund Bindfaden, 50 Ries Mundirpapier, 50 Konzeptpapier, 85 Packpapier, 60 Pfund feinen Siegelack, 740 Paellaad und 8 Centner Metallschmiede für die Ober-Postdirektion und das Postamt hier selbst soll im Wege der Submission für das Jahr 1859 vergeben werden. Bewerberinnen wollen ihre Offerten unter Angabe der Preise resp. unter Beifügung von Proben bis zum 15. Dezember d. J. an die hiesige Ober-Postdirektion einreichen. Posen, den 20. November 1858. Der Ober-Postdirektor Buttendorff.

Setzamtmachung. Mittwoch den 1. Dezember c. werden hier selbst auf dem Kanonenplatze einige Landwehr-Übungspferde früh 9 Uhr Seitens des unterzeichneten Regiments öffentlich gegen sofortige Bezahlung in preussischen Münzsorten versteigert. Posen, den 26. November 1858. Königl. 2. Landw.-Ust.-Regt.
Definitives Aufgebot. Der am 20. März 1855 zu Gaskowo bei Lopiano in einem Alter von 17 Jahren ohne Testament verstorbenen Robert Litus alias Kosmielieder, einziger Sohn des am 15. Juli 1840 zu Kamnietz, Samterischen Kreises, verstorbenen Martin Litus alias Kosmielieder und dessen am 21. Mai 1841 zu Nutki verstorbenen Ehefrau Konstantia geb. Romaniszka, hat ein in unserm Depositorium verwaltetes, älteres Erbtheil von über 100 Eln. hinterlassen. Seine unbekannteren Erben laden wir zum Nachweise ihrer Erbvertheilung zum Termine den 28. April 1859 Vormittags 9 Uhr in unserm Justizfunktionszimmer vor den Hrn. Kreisrichterath Weigleder in Sander unter der Vorwarnung hiermit vor, daß, falls in diesem Ter-

mine kein Erbe sich melden sollte, die Nachlassmasse als herrenloses Gut dem Fiskus ausgemeinnet werden wird. Sander, den 13. April 1858. Königl. Kreisgericht. Zweite Abtheilung. Notwendiger Verkauf. Königl. Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen. Posen, den 27. September 1858. Das der Amalie, geborenen Pernau, verwitweten Schönert, und deren Kindern, Amalie Ida, Emil Gustav, Gustav Adolph und Ludwig Wilhelm, gehörige, in der Altstadt Posen sub Nr. 225 belegene Grundstück, abgetheilt auf 7321 Eln. 13 Sgr. 6 Pf. zufolge der nebst Hypothekeneintrag in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 10. Mai 1859, Vormittags 11 Uhr, an ordentlichen Gerichtsstelle subskribirt werden. Alle unbekanntenen Real-Präzendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden. Es sollen: I. Donnerstag den 2. Dezember c.) im Krüge Donnerstag den 16. Dezember c.) zu Zielonka trocknes Eichen-, Birken-, Eichen- und Kiefern-Kloben, Stubben und Reisig, aus den Zielonker Forsten, II. Freitag den 3. Dezember c.) in Czachortz, aus den Zeziger Forsten Kiefern-Kloben, Stubben und Reisig, III. Dienstag den 7. Dezember c.) im Gasthose Freitag den 17. Dezember c.) im Gasthose zu Glowno-Kolonie bei Posen, aus dem Kreisbezirk Schwereuz trockenes Kiefern-Neisernholz, überall von 10 Uhr ab gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden. Zielonka, den 18. November 1858. Der königliche Oberförster Stahr.

Dr. M. Landsberg eröffnet die von ihm zu leitende Religionschule am Mittwoch den 1. Dezember, und werden die Meldungen zur Aufnahme der Zöglinge beiderlei Geschlechts täglich Vormittags von 11—1 und Nachmittags 2—4 Uhr von ihm angenommen. H. Gerberstr. 11.
Auktions-Anzeige. Montag den 29. November d. J. Nachmittags 2 Uhr werde ich auf dem hiesigen Bahnhofe circa 264 Tonnen Steintohlen und 25 Tonnen Koaks öffentlich an den Meistbietenden verkaufen. Kauflustige werden eingeladen. Brautstadt, den 24. November 1858. Heinrichs, Auktionkommissarius.
Am 2. Dezember d. J. wird aus dem Nachlass des Posthalters Joseph Richs zu Kosten das Inventarium, bestehend aus 12 Personen nebst Geschirre und einigen Postwagen, welche sich in gutem Zustande befinden, meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden. Kosten, den 25. November 1858. Die Joseph Richs'schen Erben.
Das Grundstück Schützenstraße Nr. 6, bestehend aus einem massiven Vorderhaus, zweistöckigem Hinterhaus und Garten, ist zu verkaufen. Nähere Mittheilungen hierüber sind beim Eigentümer S. Köhler, alten Markt 74, zu erfahren.
Verpachtung. Ein königl. Domänen-Land von 600 Morgen, mit großer Brennerei und Brauerei, dicht an der Chauße in einem Marktort, ist auf 12 Jahre zu verpachten. Zur Annahme gehören etwa mit Borräthen und Inventar 7000 Eln., auch kann diese Zahlung erleichtert werden. Ich werde auf portofreie Anfragen das Weitere ertheilen. G. Kloss auf Schilbig bei Berent.
Meinen geehrten Kunden zur Nachricht, daß ich von meiner Krankheit soweit hergestellt bin, um die Arbeit selbst zuweilen und unter eigener strenger Aufsicht fertigen lassen kann. Ich bitte daher, mich mit Ihren gütigen Aufträgen wieder beehren zu wollen. Louis Braun, Schneidermeister für Damen, Breitenstraße Nr. 18.

Trodner Loxi. Aufträge auf trocknen Dorf, das 1000 zu 2 Eln. franco vor das Haus, nimmt entgegen Gustav Bielefeld, Markt Nr. 87.

Bockverkauf. Es stehen von Montag den 29. d. Mts. ab hier in Posen, Magazinstrasse beim Schmiedemeister Wille 10 Stüke reine Negretti-Böcke, Altmann'sche Abstammung, höchst willkürlich und edel, zum Verkauf. Für Gesundheit wird garantirt, und haben dieselben ein Wollgewicht von 7—8 Pfd. Posen, den 26. November 1858. Below, Schafrücker. Zwei starke Arbeitspferde mit Geschirr stehen billig zum Verkauf Schuhm. Str. 6.
Camisöler und Caleçons in Seide, Wolle, Bigone und Baumwolle empfiehlt in großer Auswahl zu soliden, jedoch festen die Leinen- und Weißwaaren-Handlung von K. Szymanska, Neustr. 4.
Billige Weihnachtsachen. Den Empfang meiner neuen Weißwaaren anzeigen, empfehle ich mein reich assortirtes Waarenlager in allen Artikeln, besonders mache ich auf zurückgesetzte, auffallend billige Kleiderstoffe aufmerksam. Markt- und Bronnerstrassen-Ecke 91. Falk Karpfen.
Franz. Glacehandschuhe für Damen, Herren und Kinder empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen C. F. Schuppig, Markt- und Neustrassen-Ecke.
Brönners Fleckenwasser, namentlich zum Waschen der Glace-Handschuhe, in Gläsern a 6 Sgr. und 2/3 Sgr. und in Weinschälchen a 1 Eln., edel bei Adolph Asch, Schloßstr. 5.
Eine sichere Obligation auf ein Rittergut von 2500 Eln., in zwei Jahren zahlbar, ist bei Verlust von mindestens 400 Eln. zu verkaufen in Posen, Halldorfstraße Nr. 15, Parterre, rechts. M. Grätzer, Berliner- und Wülstenstrassen-Ecke.

